

MOX

Der Wahnsinn hoch 3

oder

*warum es vernünftig wäre, den
Kapitalismus, vor allem in der
Umweltpolitik, zu erweitern.*

Auflage 6. Oktober 2016

© 2003 Braun Josef

Titelerklärung

MOX ist eine Abkürzung / ein Akronym und heißt Mischoxid.

Das bedeutet, dass die neuen Brennelemente eines Atomkraftwerkes nicht nur angereichertes Natururan enthalten, sondern zusätzlich Plutonium enthalten.

Dieses Element begünstigt ein immer schnelleres Hochfahren eines Reaktors. Vergleich hierzu das ehemalige Informationsheft eines Kernkraftwerksbetreibers in Landshut "KERNENERGIE BASISWISSEN" auf Seite 28 rechte Spalte oben (der Neuauflage 2002):

„Pu-239 wird durch langsame, günstiger aber durch schnelle Neutronen gespalten.“

Bei der gleichen Spalte weiter unten:

„In den so genannten Mischoxid – Brennelementen wird neben UO_2 bis zu 5 % PuO_2 verwendet.“

Daraus ist zu bemerken, daß nicht das gesamte Uran (in Form von UO_2) gespalten werden kann, sondern ca. 3,5 % mit U-235 angereichert ist. Dagegen ist das gesamte Plutonium (in Form von PuO_2) spaltbar.

D.h., daß der Anteil des Plutoniums am Spaltmaterial von vornherein größer ist wie der Anteil des spaltbaren Urans. Berücksichtigt man jetzt noch, daß zusätzliches Plutonium entsteht, wenn die Brennelemente im Einsatz sind, so werden die deutschen Atomkraftwerke dann fast nur noch mit Plutonium betrieben, ähnlich wie in Schnellen Brütern!!!

Falls die Atomkraftwerke dagegen mit angereichertem Natururan betrieben werden, ist der **Größte Anzunehmende Unfall (GAU)** ausgeschlossen, da der Reaktor, auch beim Ausfall jeder technischen Regelung, von selbst zurückfährt (vgl. selbes Heft Seite 28 rechte Spalte ganz oben: „Uran-235 wird am effektivsten von langsamen Neutronen gespalten“).

Früher ging es ohne MOX (Mischoxid). Die größten Kraftwerke führen jährlich ein Rennen um die Weltmeisterschaft, wer den meisten Strom erzeugt, Tag für Tag. Dadurch wird das Risiko noch weiter erhöht.

Meiner Meinung nach ist es doch klar, wenn so was wie in Tschernobyl nur in Deutschland passiert, dann sind alle Fragen / Probleme wie z.B. bei der Gesundheitspolitik, zu den Staatsfinanzen nebensächlich.

Denn die Kosten für einen GAU, nur auf Deutschland bezogen, betragen schätzungsweise, nach dem Prognos-Institut, über 5 Billionen Euro.....

Um solche oder ähnliche Probleme oder andere Fehlentwicklungen in Zukunft besser in den Griff zu bekommen, schlage ich hier eine Erweiterung vor allem in der Umweltpolitik vor, da die Politik von dieser Umfunktionierung deutscher Atomkraftwerke informiert wurde. Es waren die sichersten Anlagen auf der Welt, aber anscheinend führt die gegenwärtige Abhängigkeit von Wahlen in eine Handlungsunfähigkeit unserer Politiker.

Ich denke, dass eine unabhängige Republik in Zukunft eine Hilfe bzw. eine Lösung wäre, vergleiche Bild 18 auf der Seite 20.

Anfangsbeschreibung vom Idealismus als Vorschlag zur schrittweisen Erweiterung des Kapitalismus

Gliederung

I. Geschichtliche Entwicklung S.7

1. Von der Urgesellschaft bis zum Kapitalismus S.7
2. Geschichtlicher Hintergrund S.11
3. Entwicklungsbedingte Ablösung des Kapitalismus S.11
 - a) Bedürfnispyramide nach Maslow S.11
 - b) Herleitung S.13
 - c) Eigenschaften S.13

II. Paradigmen zum Idealismus S.15

1. Politisches Paradigma S.15
 - a) Vollzogener Vertrauensbruch S.15
 - b) Vertrauenserhalt S.16
 - c) Vertrauensübertragung S.16
 - d) Rechtfertigung S.18
 - e) Kein Demokratieangriff S.19
 - α) Republik bleibt Republik S.19
 - β) Unabhängige demokratische Republik S.20
 - γ) Zum Mehrheitsprinzip S.20
 - δ) Zum Artikel 20 Absatz 2 des GG S.21
 - ε) Zur Wahlwerbung S.21
 - ζ) Zum Bundestag S.22
 - η) Zur Gewaltenteilung generell S.22
 - θ) Zur Judikativen Gewalt S.23
 - ι) Zur Exekutiven Gewalt S.25
 - κ) Zur Legislativen Gewalt S.25
 - λ) Der Bundespräsident S.26
 - μ) Das Kanzlerprinzip/Ressortprinzip (GG Art. 65) S.26
 - f) Vernünftige Einbeziehung des Volkes S.27
 - g) Einbeziehung in die EU S.28
 - h) Vorgehen S.29

2. Wirtschaftliches Paradigma S.30

- a) Der Schlüssel für ein fundiertes Wachstum S.30
- b) Voraussetzungen für Investitionen S.31
- c) Voraussetzungen für niedrige Zinsen S.32
 - α) Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank S.33
 - β) Das goldene Zeitalter der Stabilität S.33
 - γ) Annahme negativer Zinsen S.34
- d) Voraussetzung für negative Zinsen S.35
- e) Bedeutung des Zinses für Unternehmen S.36
 - α) Investitionsrechnung S.37
 - β) Rentabilität S.38
 - γ) Amortisationszeit S.38
 - δ) Unternehmenswert S.39
 - ε) Wertbeitrag S.40
- f) Bedeutung des Zinses für die Gesamtwirtschaft S.40
 - α) Zinsleistung mit Lohnvergleich S.40
 - β) Beispiele S.41

3. Absicherung S.42

- a) Der Aktienmarkt S.42
- b) Eigenkapitalanteile (Eka's) S.43
- c) Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, 4. Juli 1776 S.45
- d) Begründung für die kontrollierte Deflation S.47
 - α) Preisfunktion S.47
 - β) Inflationswirksamkeit S.47

III. Zusammenfassung S.50

1. Mögliche Erweiterung S.50

- a) Mögliche Herleitung S.50
- b) Wirtschaftliche Entwicklung S.51
- c) Nachhaltige Entwicklung S.52
- d) Technische Entwicklung S.54

Anlage S.56

Bildnachweis S.57

Literaturverzeichnis S.58

Danksagung, Meine Adresse, Zitat S.58

Stichwortverzeichnis S.59

I. Geschichtliche Entwicklung

1. Von der Urgesellschaft, bis zum Kapitalismus

In der Urgesellschaft waren die Menschen Jäger und Sammler. Das Leben fand in kleinen Gruppen (Horden) statt. Die Menschen waren nicht sesshaft und wurden als Nomaden bezeichnet, die auch in Höhlen hausten.

Der Zeitraum erstreckte sich von den Anfängen bis zur Zeit der schriftlichen Überlieferung ca. 3000 v. Chr.



Bild 1: Höhlenmalerei/Wildrind

Über das Bauerntum, bei dem die Menschen sesshaft wurden, Ackerbau und Viehzucht betrieben, ging die Entwicklung in die Sklaverei (siehe Bild 2).

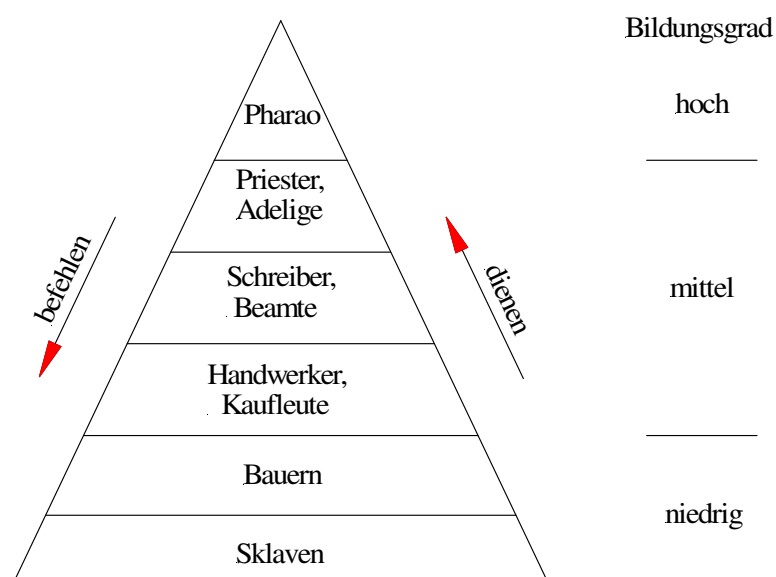


Bild 2: Aufbau der ägyptischen Gesellschaft

Die Sklaverei war im ganzen Altertum (was dem Zeitraum 800 v. Chr. - 600 n. Chr. entspricht) verbreitet. Die Sklaven waren nur Sachen, auf sie wurde Macht bzw. Einfluß ausgeübt.

Heute ist die Sklaverei als Verbrechen deklariert. Vorheriges Bild 2 zeigt den Aufbau der ägyptischen Gesellschaft.

Abgelöst wurde die Sklaverei von der Feudalgesellschaft. Diese hatte ihre Anfänge in Europa durch Karl den Großen (742-814) und herrschte im Mittelalter. Die Bauern waren unfreie Personen, sie erhielten Land zur Bewirtschaftung, aber nicht als Eigentum, sondern als Lehen. Sie mußten Abgaben entrichten. Im nachfolgenden Bild 3 ist der Aufbau der feudalen Gesellschaft dargestellt.

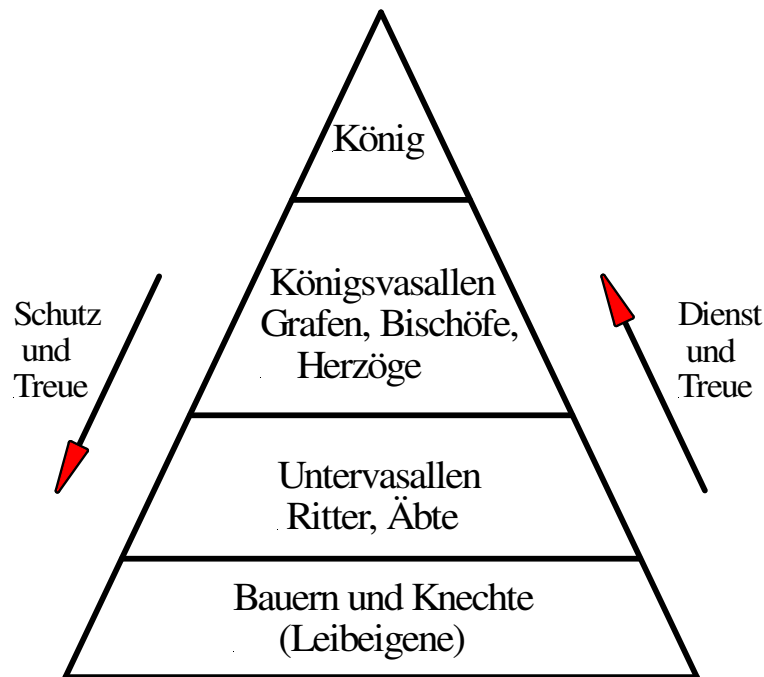


Bild 3: Aufbau der feudalen Gesellschaft

Die Ablösung des Feudalismus erfolgte wiederum durch den Merkantilismus, begründet durch Jean-Baptiste Colbert, der vom 16. bis zum 18. Jhdt. dominierte. Die Bauern flohen in Städte. Sie wurden frei aber waren arm. Die Wirtschaftspolitik der mittelalterlichen Stadt wurde weitgehend vom Staat übernommen. Ziel dieser staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik war Steigerung von Macht und Reichtum der Nation.

Das Ergebnis war eine lange Arbeitszeit und niedrige Löhne für die Arbeiter. Durch niedrige staatlich vorgeschriebene Preise für landwirtschaftliche Produkte, gekoppelt mit einem Ausfuhrverbot, erfolgte die totale Verarmung der Bauern (vgl. Bild 4). Der Merkantilismus dauerte bis zur industriellen Revolution (um 1800).

Jahr	1500	1800	1850	1900	1950	1998
Anteil an der Gesamtbeschäftigung	85 %	73 %	60 %	38 %	13 %	3 %

Bild 4: Entwicklung der Beschäftigten in der Landwirtschaft in Deutschland (inkl. Forstwirtschaft)

Als Reaktion auf die gebundene Wirtschaft des Feudalismus und Merkantilismus entstand der Liberalismus. Als Weltanschauung geht der Liberalismus von der Freiheit, Autonomie und Verantwortung der Persönlichkeit und vom Ideal ihrer ungehinderten inneren und äußeren Entfaltung aus. Er führte zur politischen Gleichheit aller Bürger, zur Verfassung mit Grundrechten, zum gesetzmäßig verwalteten Rechtsstaat mit Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungs-, Versammlungs-, Religions-, Gewerbefreiheit. Das Parlament als Ort für politischen Meinungs austausch der Parteien wurde geschaffen, wobei der bürgerlichen Elite die Führungsrolle zukommt.

Das liberale Gedankengut ist auch heute noch Basis für eine Demokratie. In der Wirtschaft wird an das freie Spiel der Kräfte appelliert, ohne Staatseingriffe. Die freie Marktwirtschaft als Ideal, als natürliche Ordnung betrachtet.

Die industrielle Revolution (siehe Bild 5 unten) und die Einflüsse des Liberalismus führten zur Befreiung der Wirtschaft von staatlichen Eingriffen, zum freien Wettbewerb. Es entstand der Kapitalismus. In diesem Wirtschaftssystem steht die Masse der Arbeitnehmer einer zahlenmäßig kleineren, über die Produktionsmittel verfügenden Arbeitgeberschicht gegenüber.



Bild 5: Watt's Dampfmaschine (um 1769) als Synonym der industriellen Revolution

Treibende Kraft im Kapitalismus ist das Streben nach möglichst hohem Gewinn und wirtschaftlicher Macht. Zunehmend zu früherer Zeit hat der Staat stärker in das freie Spiel der Marktkräfte eingegriffen, was folgendes Bild 6 für Deutschland zeigt.

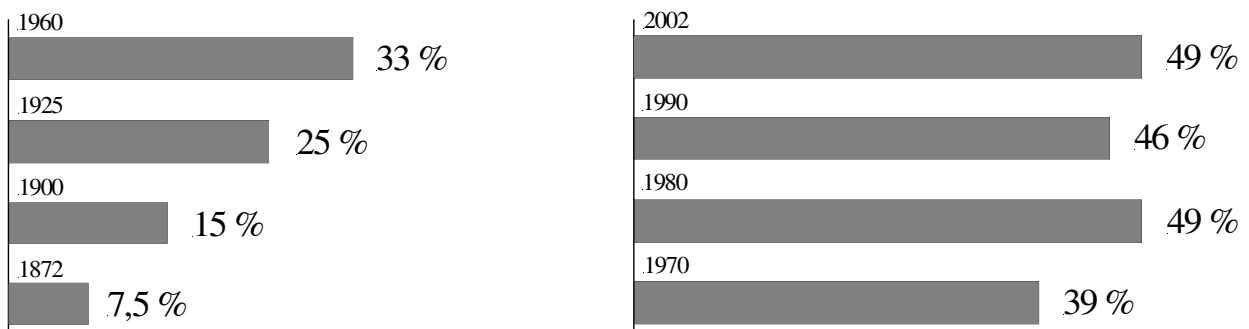


Bild 6: Staatsausgaben in Prozent des Bruttonsozialproduktes

2. Geschichtlicher Hintergrund

In Bild 7 ist die Entwicklung der Wirtschaftssysteme prinzipiell grafisch veranschaulicht.

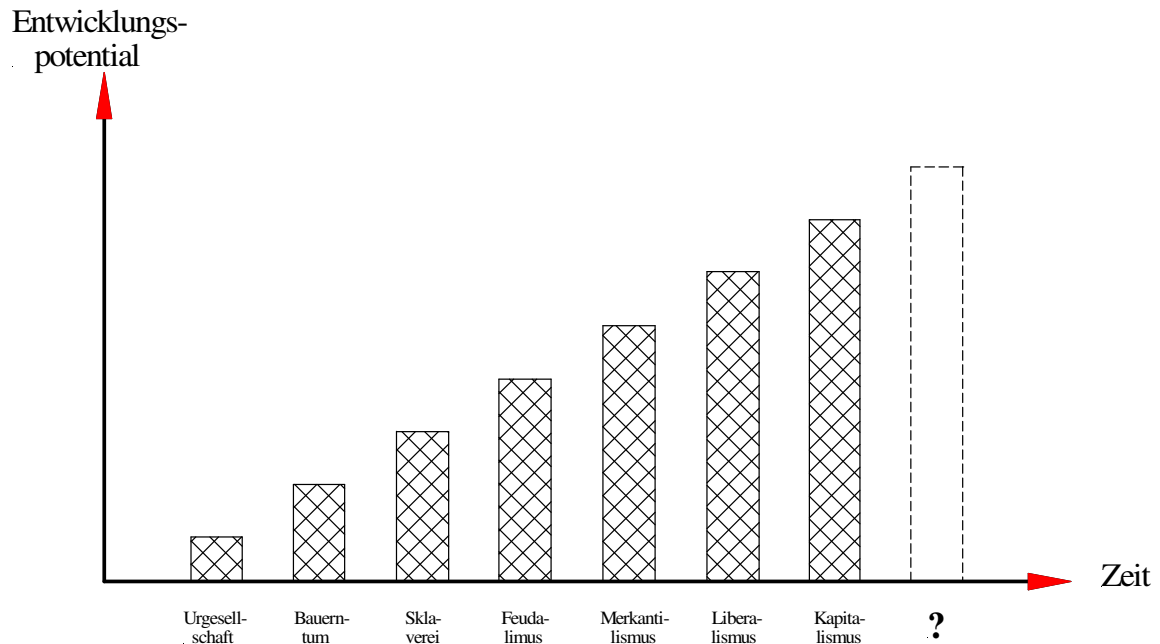


Bild 7: Entwicklung der Systeme von der Urzeit bis heute

Zusammenfassend möchte ich hierzu bemerken, daß es, seit der Urgesellschaft, nicht nur ein Wirtschaftssystem gegeben hat, sondern offensichtlich etliche Wechsel bzw. Ablösungen von Wirtschaftssystemen stattfanden, die in der Vergangenheit herrschten.

3. Entwicklungsbedingte Ablösung des Kapitalismus

a) Bedürfnispyramide nach Maslow

Triebfeder menschlichen Handelns sind Bedürfnisse bzw. Gefühle eines Mangels. Das zeigt sich täglich im Hunger. Es ist ein Bedürfnis nach Essen, das nach Befriedigung verlangt. Ist der Hunger befriedigt, so denkt man nicht mehr daran, man kann anderen Handlungen bzw. Bedürfnissen nachgehen, die evtl. weniger wichtig im Leben sind, als essen. Maslow hat die Bedürfnisse in verschiedenen Stufen, nach

ihrer Wichtigkeit eingeordnet (vgl. Bild 8). Die unterste Stufe ist wichtiger als die darüber usw.

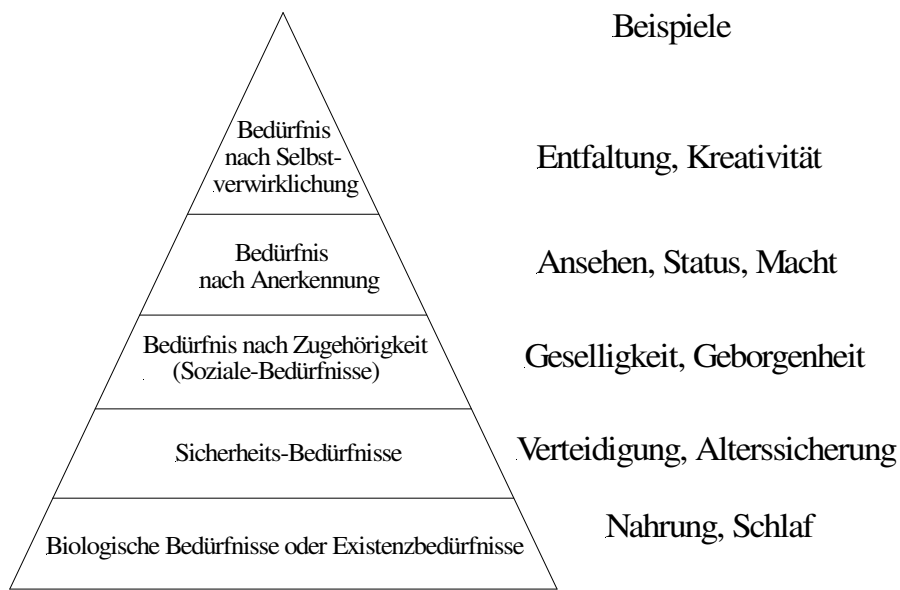


Bild 8: Bedürfnispyramide nach Maslow

Es kann nur die nächste Stufe erreicht werden, wenn die darunter liegenden Stufen befriedigt sind.

Typisch in der kapitalistischen Gesellschaft ist das Bedürfnis nach Geld und Besitz, eben nach Kapital und das Streben danach.

Den verschiedenen Bedürfnisstufen werden prinzipiell in Bild 9 die dazu passenden Systeme, welche die jeweilige Bedürfnisstufe ausdrücken bzw. mit ihrer Entwicklungsstufe erreichen, gegenüber gestellt.

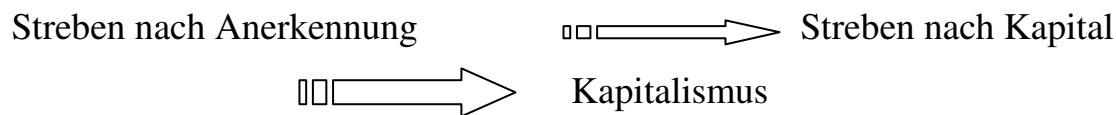


Bild 9: Bedürfnispyramide mit Systemen

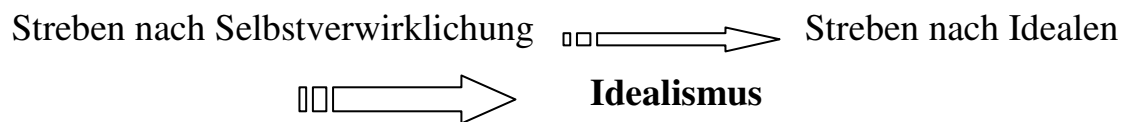
b) Herleitung

Auch nach dem Kapitalismus geht es mit einem System weiter, welches die nächste Entwicklungsstufe erreicht.

Typisch im Kapitalismus:



Nächste Bedürfnisstufe:



c) Eigenschaften

Das Streben nach Idealen bedeutet hier nicht gleich das Streben nach dem Optimalen. Gemeint bei der Selbstverwirklichung ist die Unabhängigkeit, Einzigartigkeit, erschöpfen des eigenen Potentials/der eigenen Ideale, Selbstständigkeit (vgl. „sein eigener Herr sein“). Siehe hierzu das Ergebnis einer Umfrage in Bild 10 unten.

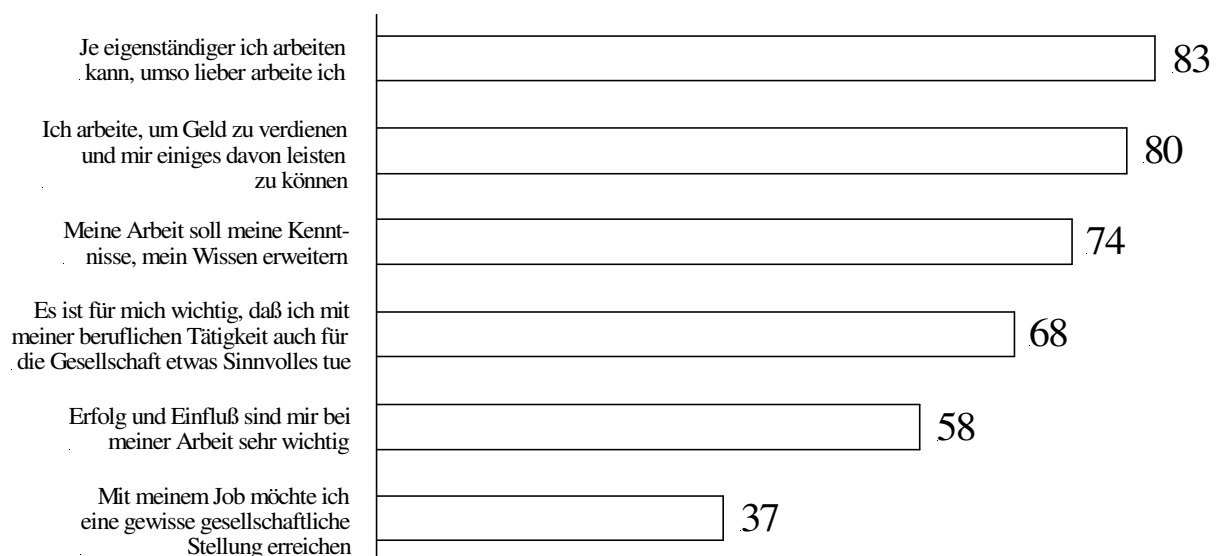


Bild 10: Ziele, die bei der Arbeit motivieren (Basis Erwerbstätige, 2001)

Gab es im Kapitalismus die Wahlmöglichkeit, daß man zum einen rücksichtslos nach Kapital und dergleichen strebt, so konnte man sein Streben auch in begrenzten Maßen vollziehen.

Ähnlich ergibt sich die Alternative beim Streben nach Selbstverwirklichung. Hier kann man auch rücksichtslos nach seinen Idealen, nach Unabhängigkeit streben. Das Ganze zu Lasten anderer, ohne Kompromisse, soweit es möglich ist, das ich nicht gut finde.

Die Freiheit der höheren Entwicklungsstufen nimmt immer mehr zu. Galt es in der Vergangenheit vordergründig, als Sklave zum Beispiel, von einem Menschen frei zu sein bzw. noch früher, hauptsächlich frei von Hunger zu sein (vgl. Bild 11 unten), so führt es schließlich nach dem Erreichen der Freiheit von Kapital, zur eigenen Abhängigkeit. Von dieser Abhängigkeit wird wieder die Freiheit angestrebt. Daraus ergibt sich, daß die Menschheitsentwicklung, nach der Selbstverwirklichung, nicht stoppt. (Siehe auch weiter hinten, auf Seite 50).

Jahr	1800	1890	1997
Nahrung/Getränke	71,97 %	55,22 %	17,73 %

Bild 11: Kostenanteil eines deutschen Arbeiterhaushaltes für Nahrung und Getränke vom Nettolohn
(beide Eltern und zwei Kinder arbeiten, 1997: beide Eltern arbeiten)

Auch ist noch zu bemerken, daß es früher schon idealistische Menschen gab. Demnach existiert der Idealismus schon lange, nur dominierte er noch nicht. Genauso wie die vergangenen Wirtschaftssysteme nicht mehr dominieren, man braucht aber weiterhin eine Nahrung, eine Absicherung – auf diesen Ebenen wird halt nur zeitweise agiert.

II. Paradigmen zum Idealismus

1. Politisches Paradigma

a) Vollzogener Vertrauensbruch

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Vertrauensentwicklung von ausgewählten politischen Institutionen.

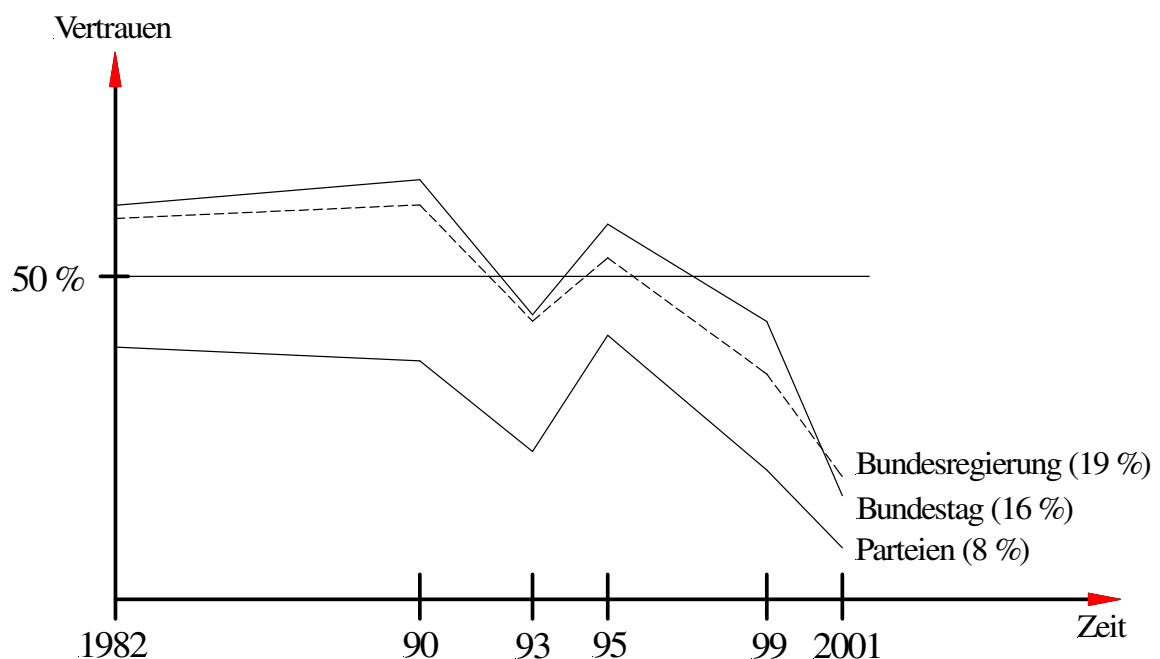


Bild 12: Vertrauen in politische Institutionen

Hierbei zeigt sich, daß in jüngerer Vergangenheit alle genannten Institutionen, jeweils auf den betrachteten Zeitraum, ihren tiefsten Stand erreichten. Die Mehrheit der Befragten hat zu diesen Institutionen kein Vertrauen. Hat man kein Vertrauen in etwas, dann nimmt man dies nicht mehr ernst, es wird überflüssig. Eine Umfrage Ende 2002 hat ergeben, daß 97 % der Befragten zu den Parteien kein Vertrauen mehr haben. Es wäre zukünftig doch besser, daß man sich von diesen Parteien auf Dauer verabschiedet, ich will aber keine Diktatur.

b) Vertrauenserhalt

Dem Vertrauen der genannten politischen Institutionen, wird das Vertrauen in die Bundesbank, vor der Euro-Einführung, bzw. das Vertrauen in die DM gegenübergestellt (Bild 13).

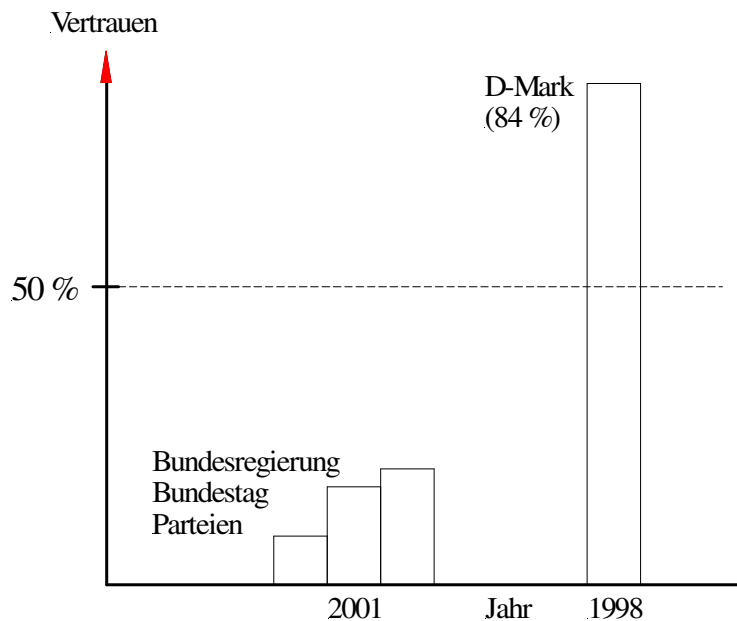


Bild 13: Vertrauen in die D-Mark

Die tiefgreifende Bedeutung der Deutschen Zentralbank, vor der Euro-Einführung, zeigte sich nicht nur im Vertrauen, sondern auch, daß die Struktur der Bundesbank, vor der Euro-Einführung, als Modell für die Europäische Zentralbank stand. Es weitete sich der Einflußbereich dieser Struktur schon aus.

c) Vertrauensübertragung

Absicht ist es, die Struktur der Bundesbank, die sie vor der Euro-Einführung hatte, auf die Politik zu übertragen. Diese Struktur hat sich bewährt. In Bild 14 unten ist diese Struktur dargestellt.

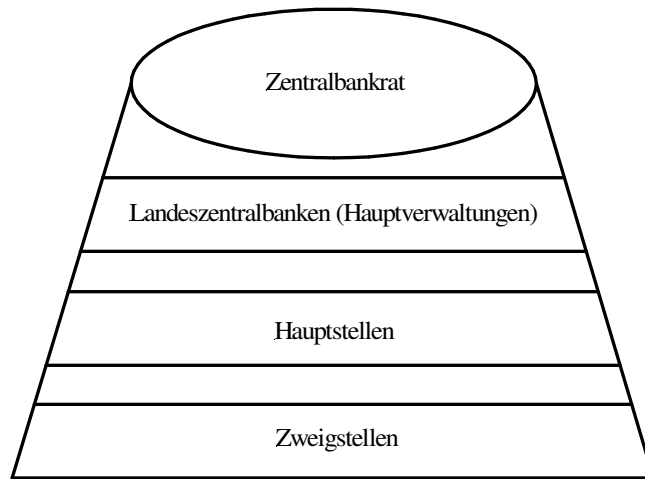


Bild 14: Struktur der früheren Bundesbank

Das Vertrauen der Bundesbank, vor der Euro-Einführung, bzw. die dauerhafte Stabilität der D-Mark, nicht nur über eine Wahlperiode, gründete auf die Unabhängigkeit dieser Notenbank gegenüber staatlichen Einflüssen, vergleiche das Bundesbankgesetz (Ausgabe 1994) § 12. Der Erfolg der Bundesbank vor der Euro-Einführung, die langfristige Preisstabilität, ist im folgenden Bild 15 veranschaulicht. Auch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist vertraglich geregelt im Artikel 108 (ex-Artikel 107) des EG-Vertrags und in Artikel 7 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB.

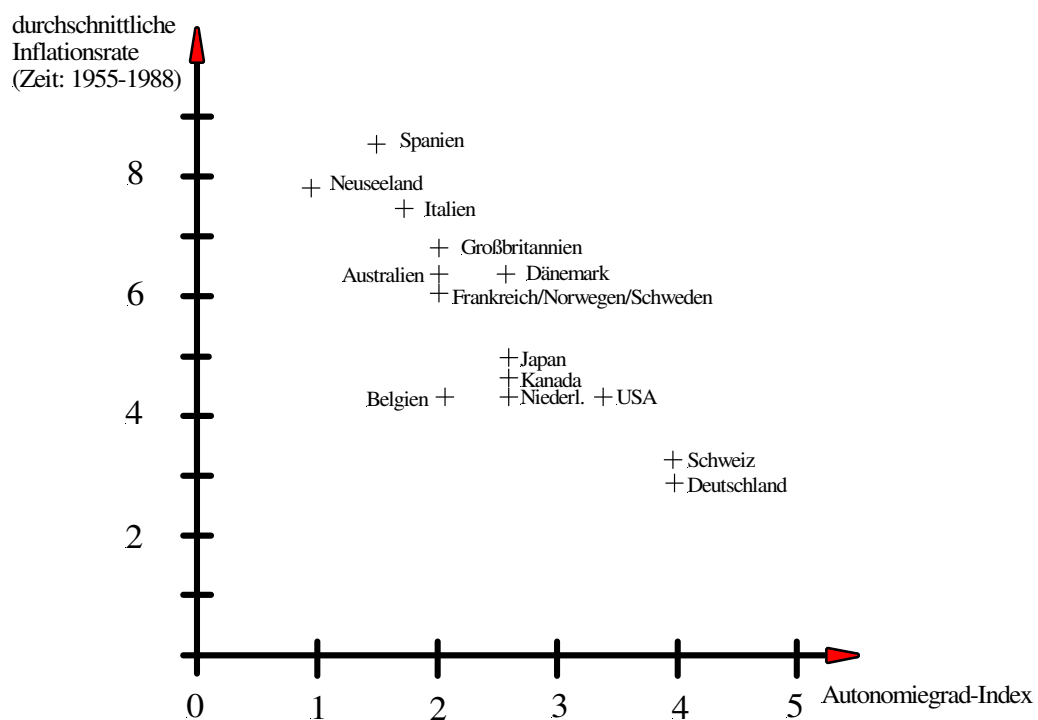


Bild 15: Zentralbankautonomie und Geldwertstabilität

Es sind Fachleute für diese Aufgabe eingesetzt gewesen (vgl. §7/§8 Bundesbankgesetz – Ausgabe 1994), nicht einfach jemand der vom Volk gewählt wurde. Bei Wahlen zählt vor allem die Beliebtheit, was zwangsläufig zu einer Abhängigkeit führt.

d) Rechtfertigung

Allein durch die Vertrauensdiskussion, wäre die Übertragung der früheren Bundesbank-Struktur, die sie vor der Euro-Einführung hatte, auf die Politik gerechtfertigt. Die Abbildung 16 zeigt beispielhaft die Übertragung des Zentralbankrat-Systems auf die Wirtschaftspolitik.

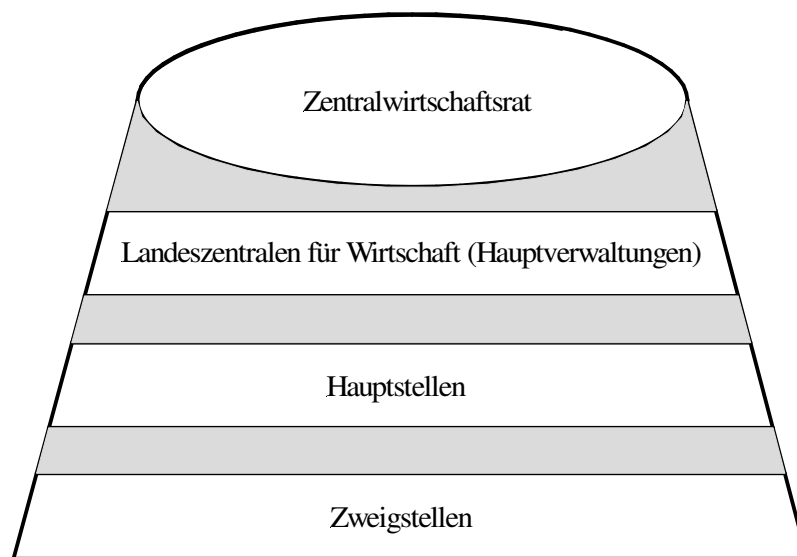


Bild 16: Struktur einer unabhängigen Wirtschaftspolitik

Weitet man diese Struktur prinzipiell auf die ganzen Aufgabenbereiche der Politik aus, wie Umweltpolitik, Verteidigungspolitik, Außenpolitik usw., so werden die vertrauensunwürdigen Institutionen wie Bundestag und Bundesregierung ganz ersetzt, da die Zentralräte ein Entscheidungsgewalt bzw. ausführende Gewalt haben (vgl. Bild 17).

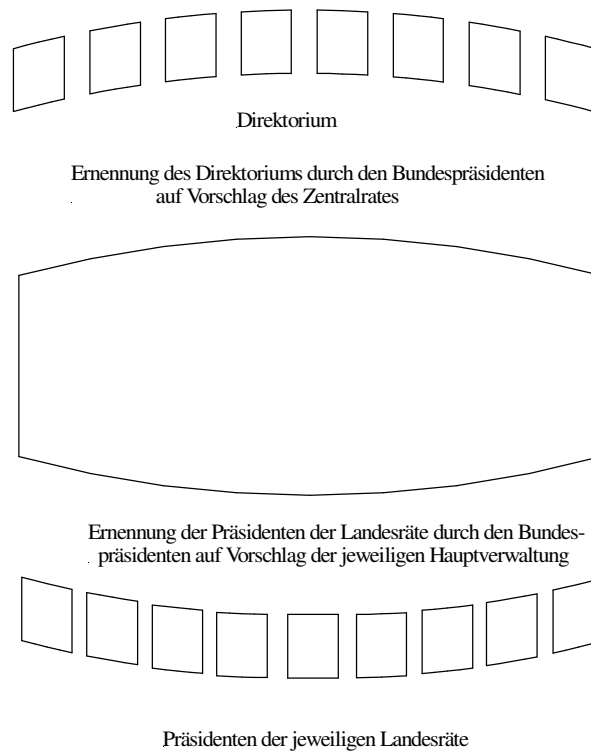


Bild 17: Aufbau Zentralräte

e) Kein Demokratieangriff

Es ist kein Angriff auf die Demokratie, falls dies hier unterstellt wird. Es wird nicht versucht, die Demokratie in Deutschland zu beseitigen, auf gar keinen Fall. Im Gegenteil, ich will sie sinnvoll stärken.

α) Republik bleibt Republik

Falls Entscheidungen in Zentralräten, wie Zentralwirtschaftsrat, Zentralverteidigungsrat, Zentralaußenrat, Zentralumweltrat getroffen werden, so ist es nicht der Wille einer einzelnen Person, sondern ein gefundener Gesamtwille eines Kollegiums. Dieser Umstand ist Kennzeichen einer Republik (siehe hierzu Bild 18).

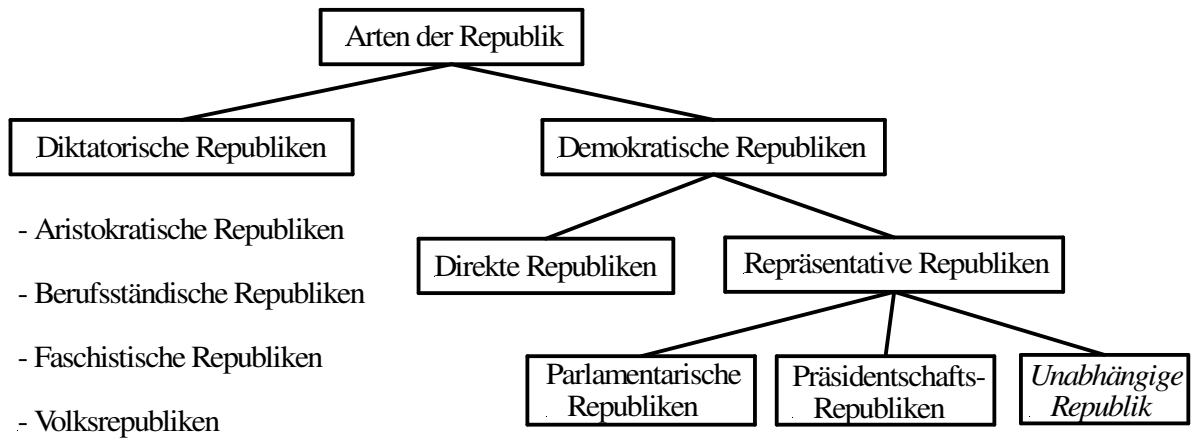


Bild 18: Arten von Republiken mit unabhängiger Republik

β) Unabhängige demokratische Republik

Daß die unabhängige demokratische Republik in der vorigen Abbildung ganz rechts steht, dort wo es am weitesten von einer Diktatur entfernt ist, kommt nicht von ungefähr. Es ist beabsichtigt, daß man, auch in der deutschen Demokratie, einem Bundeskanzler bzw. einer Bundeskanzlerin, mit der Zeit, nicht mehr diktatorische Eigenschaften nachsagen kann.

Dies geschieht dadurch, daß eine verstärkte Gewaltenteilung, mit einer Aufgabenteilung und gekoppelter Entscheidungsgewalt der Zentralräte, stattfindet.

γ) Zum Mehrheitsprinzip

In einer Demokratie gilt der Grundsatz, daß bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und daß die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Das Mehrheitsprinzip gewährleistet, daß Konflikte friedlich ausgetragen werden.

⇒ Sinnvoll ist es doch, daß man es so gestaltet, daß keine Konflikte entstehen (Konfliktvermeidung).

δ) Zum Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

⇒ Von welchem Volke? Vom gesamten Volk, von einem halben Volk?

Bedenkt man, daß man bei Bundestagswahlen eine übliche Wahlbeteiligung von ca. 80 % der stimmberechtigten Bundesbürger hat (Wahl 2002: 79,1 %), so werden auf alle Fälle ca. 20 % der stimmberechtigten Bundesbürger bei der Stimmenauszählung nicht berücksichtigt. Von diesen 80 % an Wahlbeteiligung entfallen dann beispielhaft 40 % der abgegebenen Stimmen (Wahl 2002: 38,5 %) auf eine Partei. Die Zustimmung für diese Partei aus allen stimmberechtigten Bundesbürgern von der Gesamtbevölkerung beträgt damit 32 % und nicht 40 %, weniger als ein Drittel somit. Falls jetzt noch koalitiert wird, um eine Regierung zu ermöglichen, so beträgt der Anteil evtl. 47 % (Wahl 2002: 47,1 %) der abgegebenen Stimmen. Auf alle stimmberechtigten Bundesbürgern der Gesamtbevölkerung übertragen, so wären es, entsprechend der Wahlbeteiligung, ca. 38 %. Das heißt, daß mindestens ca. 60 % des stimmberechtigten Volkes diese Regierung nicht gewählt haben.

ε) Zur Wahlwerbung

Zu den Grundsätzen unseres bestehenden Wahlsystems gehört, daß die Parteien Wahlwerbung betreiben können.

⇒ Parteien mit ihren Kandidaten als Verkaufsobjekt, zwar primär nicht für Geld, sondern für Stimmen. Unser zukünftiger Bundeskanzler/Bundeskanzlerin muß sich verkaufen können, soll seine Bekanntheit und Beliebtheit steigern, sich feil bieten um Stimmen zu bekommen.

Produkte werden verkauft, aber Werbung für einen Menschen ist doch entwürdigend. Ich will dazu beitragen, daß die Menschenwürde (GG Artikel 1 Absatz 1) unangetastet bleibt.

ζ) Zum Bundestag

Die politische Willensbildung/Auseinandersetzung vollzieht sich nicht zentral im Bundestag, sondern in den Fraktionen und den Ausschüssen, dort fallen auch die politischen Entscheidungen. Dies geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit. In 13 Wahlperioden (1949 bis 1998) fanden mehr als 2 900 Bundestagsitzungen statt, während allein die Zahl der Ausschußsitzungen um über das 10-fache höher war (33000).

Hierdurch wird die Absicht, den Bundestag abzuschaffen und ein Ratsystem einzuführen, auch unterstützt.

η) Zur Gewaltenteilung generell

Die deutsche parlamentarischen Demokratie ist keine echte Gewaltenteilung nach GG Artikel 20, es herrscht eine Gewaltenverschränkung, was Bild 19 zeigt.

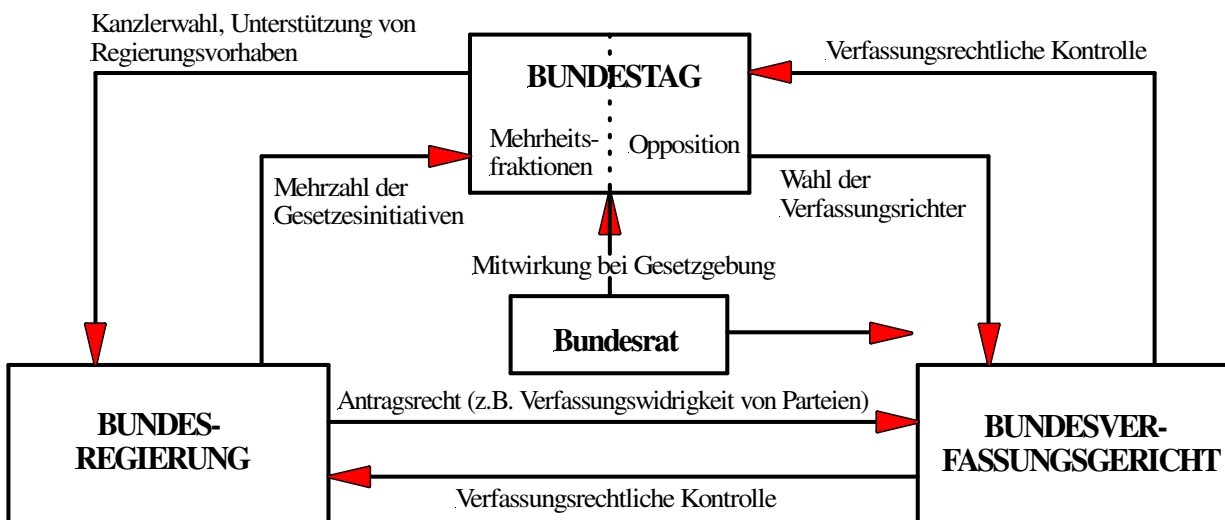


Bild 19: Gewaltenverschränkung im parlamentarischen System der Bundesrepublik

Der Gewaltenverschränkung wird, in Bild 20 unten, eine tatsächliche Gewaltenteilung, in der unabhängigen und aufgabenbezogenen Demokratie, gegenübergestellt.

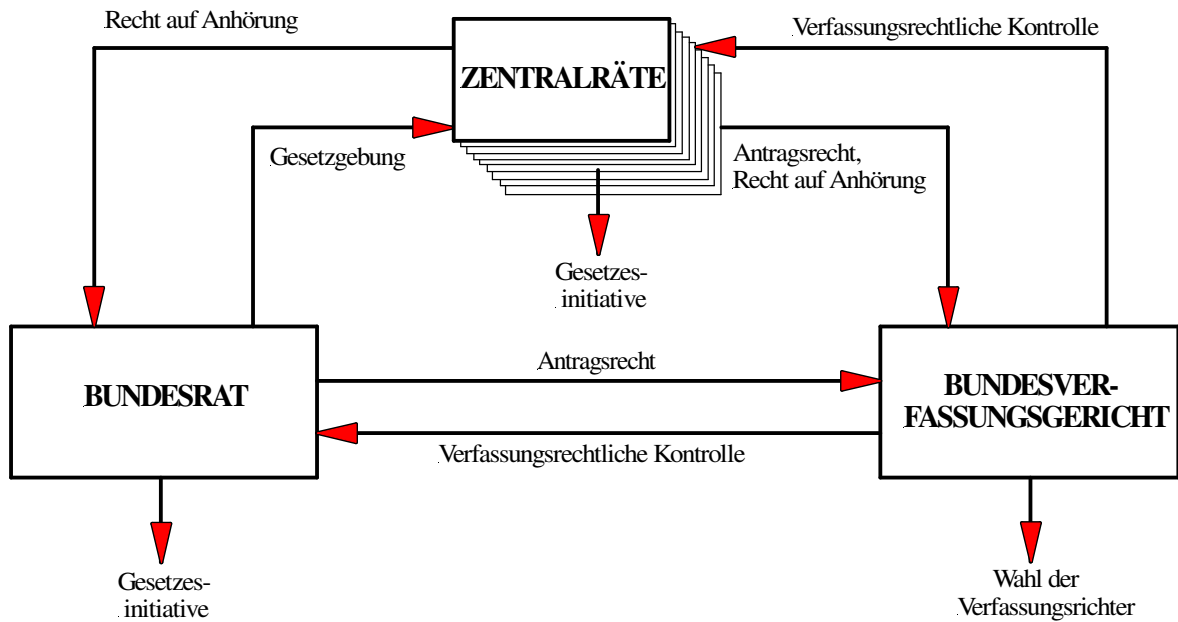


Bild 20: Gewaltenteilung bei unabhängiger demokratischer Republik

θ) Zur Judikativen Gewalt

Bei der bisherigen Ausführung, der Gewaltenverschränkung im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland, zeigt sich, daß einerseits die kontrollierenden Richter von dem zu kontrollierenden Bundestag gewählt werden.

Diese Verflechtung wird bei der Gewaltenteilung im unabhängigen System aufgehoben, indem die Verfassungsrichter vom Verfassungsgericht selbst gewählt werden und nicht von der Exekutiven. Damit wird die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit dieses Gerichtes gestärkt.

Im folgenden Bild 21 unten wird ein mögliches Verfahren zur Gesetzgebung dargestellt.

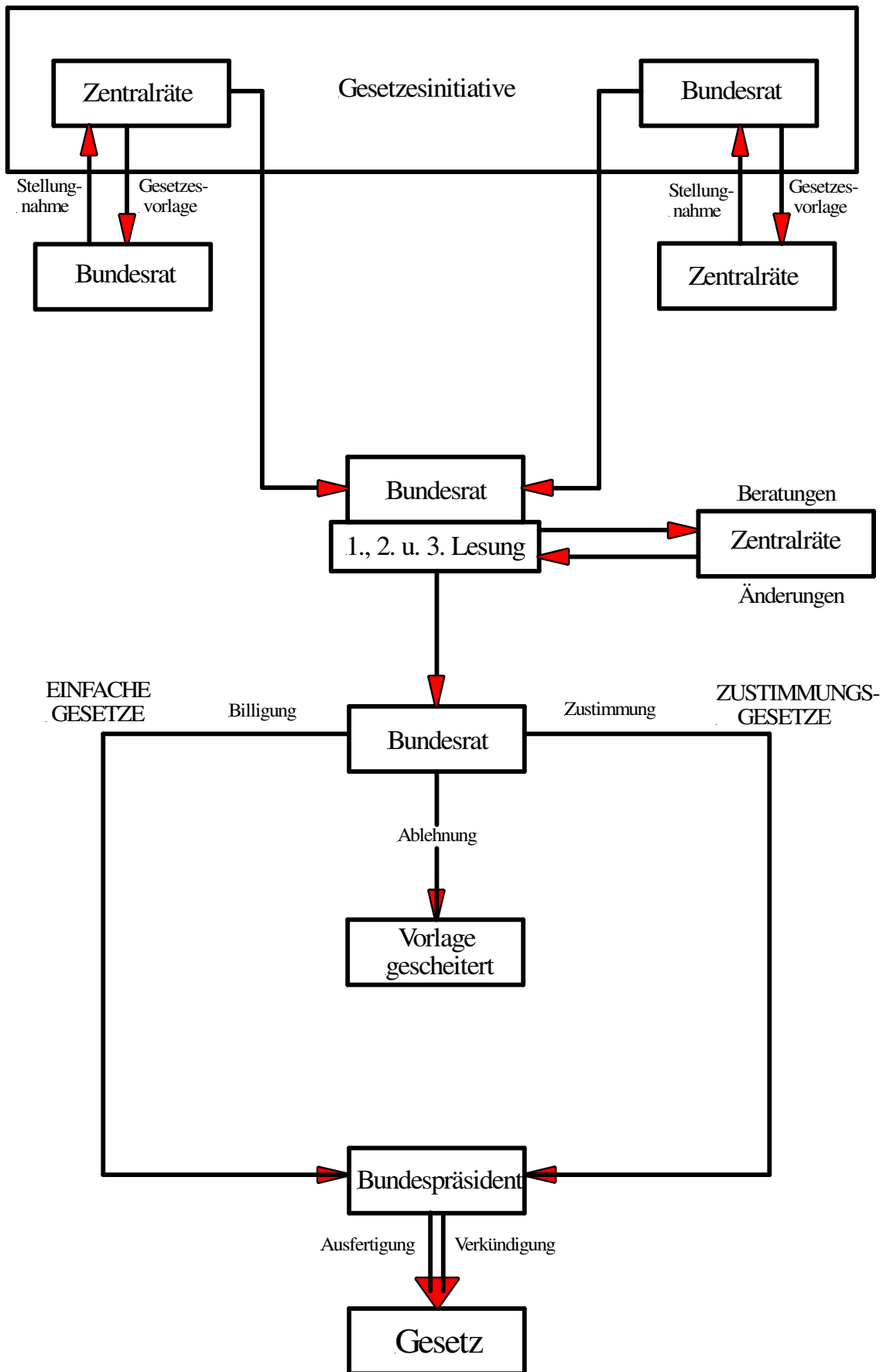


Bild 21: Möglicher Gang der Gesetzgebung in der unabhängigen Demokratie

1) Zur Exekutiven Gewalt

Da es in der unabhängigen Demokratie kein Parlament gibt und keine Mehrheitsregierung, treten an diese Stelle die Zentralräte mit ihrem Aufgabenbereich bzw. Ressorts. Diese sind mit ihren Zweigstellen in den Ländern vertreten. Dadurch fällt auch der Landtag mit den Ministerien weg, um die länderübergreifende, übergeordnete Entscheidungsgewalt bzw. Durchsetzungskraft der Zentralräte nicht zu hindern.

Die Süddeutsche Ratsverfassung, die als Modell für ganz Deutschland gilt, wird nicht angetastet. Es sind weiterhin Wahlen möglich, wie die direkte Wahl zum Bürgermeister. Die Wahl zum Gemeinderat bzw. zum Bürgermeister kann man als relativ objektiv bezeichnen, da die Wähler über die Verhältnisse, über die Kandidaten beim Wohnort einen genaueren Einblick haben als bei Bundestagswahlen.

Die jetzige Bundesregierung hat ein so breitgefächertes Aufgabenspektrum, das auch ich nicht voll und ganz verstehe, wie z.B. die Gesundheitspolitik, Außenpolitik. Ich kann ehrlich zugeben, daß ich bei diesen Ressorts nicht die Verantwortung tragen kann und zeige dies schon dadurch, daß ich mich bei Wahlen, auf Grund der fehlenden Objektivität, zurückhalte bzw. unser Wahlsystem nicht gut finde.

κ) Zur Legislativen Gewalt

Da die Ministerien, Regierungschefs der Länder nicht mehr in der unabhängigen Demokratie weitergeführt werden, besteht der Bundesrat jetzt aus den Hauptstellenleitern, die rotierend, nach einem Losverfahren, in den Bundesrat entsandt werden. (Vergleich folgendes Bild 22).

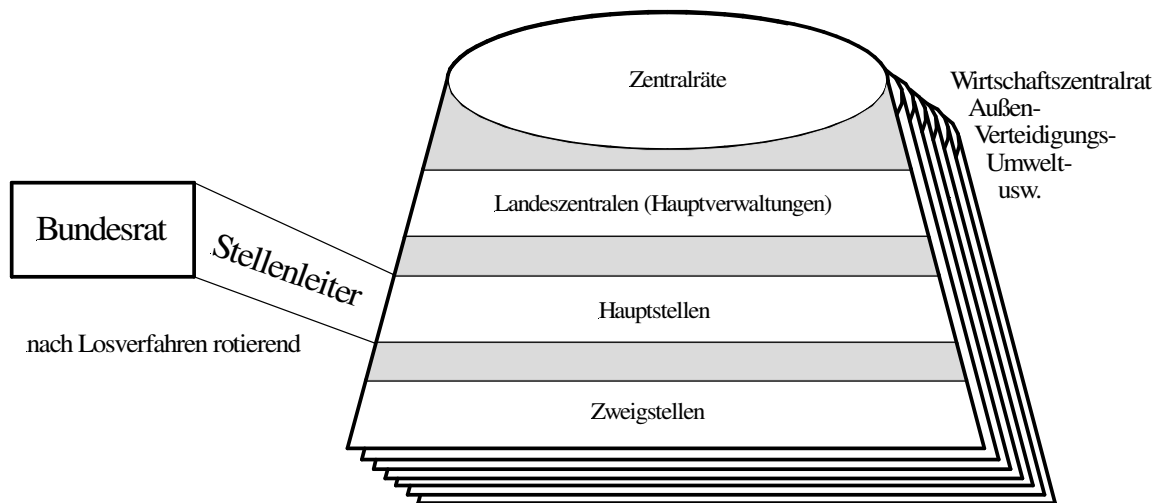


Bild 22: Aufbau Bundesrat

λ) Der Bundespräsident

Um die Unabhängigkeit des Zentralratsystems, als wichtigste Errungenschaft zukünftiger Politik, zu garantieren, wird der Bundespräsident aus der Judikativen Gewalt hervorgehen. Es werden evtl. 3 Kandidaten vom Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen und dann durch den Bundesrat gewählt.

μ) Das Kanzlerprinzip/Ressortprinzip (GG Art. 65)

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über.....

Als Juristen konnte man dem früheren Kanzler, Herrn Schröder doch nicht die gesamte Verantwortung übertragen, auch nicht jemand anderen.

Durch die Aufteilung der Aufgaben, der Macht in einem Zentralratsystem, wird die dazugehörige Verantwortung eher tragbar.

Zum Ressortprinzip, daß innerhalb der Richtlinien des Kanzlers jeder Minister sein Ressort selbständig und in eigener Verantwortung leitet, will ich soviel dazu bemerken, dass das Umweltministerium sich an der Natur vergriffen hat, in dem es

den Biodiesel förderte, und das konnte man so niemals verantworten, da vergleichbar, für die Erzeugung von 1 Liter Biodiesel, mehr als 1 Liter Erdöl notwendig war.

f) Vernünftige Einbeziehung des Volkes

Nicht nur bei der Wahl des Bürgermeisters, Landrates hat das wahlberechtigte Volk unmittelbaren Einfluß. Auch bei einer Verfassungsbeschwerde bleibt alles beim Alten (vgl. Bild 23).

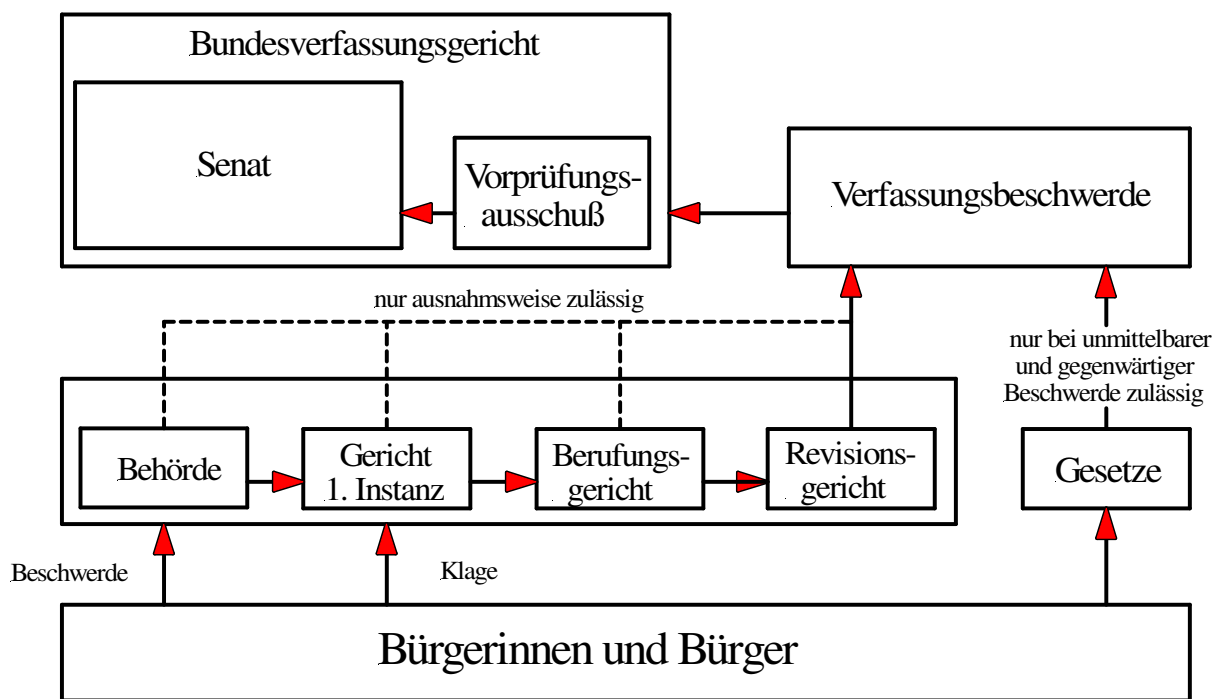


Bild 23: Verfassungsbeschwerde

Die Lücken, die sich durch die Änderung der parlamentarischen Demokratie ergeben haben, werden durch Volksbegehren, Volksentscheide abermals begrenzt, bei dem Bürger und Bürgerinnen direkt betroffen sind und dadurch sinnvollen Einfluß ausüben können. Dies ist in Bild 24 dargestellt.

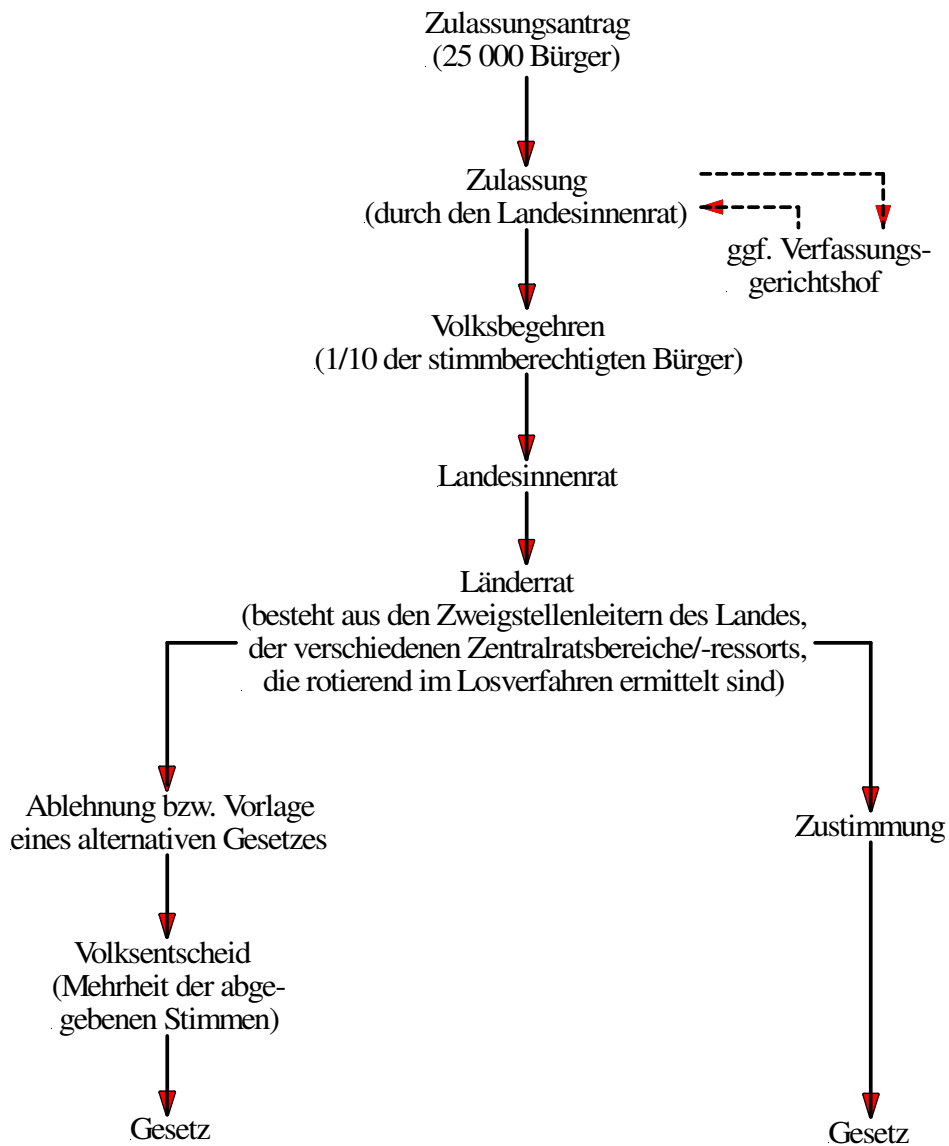


Bild 24: Der Weg eines Volksbegehrens in der unabhängigen Demokratie

g) Einbeziehung in die EU

Statt den Ministern, so werden halt die Zentralrats-Präsidenten zum Ministerrat entsendet. Und beim Europäischen Rat tritt ein Zentralbundesrat an, der von allen Zentralräten gewählt ist.

Und außerdem wird langfristig eine Übertragung der unabhängigen Demokratie auf die Europäische Union sowieso von Vorteil sein, wie die Übertragung des Bundesbank-Modells auf die Europäische Zentralbank.

h) Vorgehen

Wer jetzt von den Kritikern denkt, na ja die vorgeschlagenen Zentralräte, die nennen wir einfach in Bundesministerien um, die Landesräte in Landesministerien usw., hat sich getäuscht.

Klar, es ist nicht die Absicht, alles beim Alten zu lassen, um eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems aufzuhalten.

Wenn die besondere fachliche Eignung, die bei der Auswahl der Entscheidungsträger in der unabhängigen Demokratie an vorderster Stelle steht, schon beim Übergang mißachtet wird, werden die beabsichtigten Verbesserungen keinen Erfolg haben.

Die Betroffenen können ja abgefunden werden.

Außerdem möchte ich drauf hinweisen, daß ich nicht einen plötzlichen politischen Umsturz der jetzigen Regierung, des politischen Systems plane bzw. erzwingen möchte. Vielmehr wäre es in meinem Sinn, sehr bedächtig bzw. behutsam vorzugehen. Das heißt, daß man nur mit einem Bereich anfängt und die Umstellung in diesem Bereich fertig macht, eben baldmöglichst mit der Umweltpolitik.

Dazu wäre es doch unbedingt notwendig eine Umstellungstruppe zu bilden, die aus unabhängigen Fachleuten besteht und womöglich von erfahrenen Leuten, die im früheren Zentralbanksystem tätig waren, unterstützt bzw. beraten wird.

Als Basis könnte man den Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hernehmen und ihm eine ausübende Gewalt / Entscheidungsgewalt übertragen, denn momentan können seine Vorschläge noch ganz einfach von der Politik übergangen werden .

Durch ein behutsames, kontrolliertes Vorgehen, in dem daß nur ein Bereich allein komplett umgestellt wird, sehe ich keine Gefahr für den Frieden, die z.B. durch eine plötzliche Revolution von einer unzufriedenen Bevölkerung ausgelöst werden kann. Im Gegenteil, langfristig denke ich, daß die Menschen zufriedener mit einer Politik werden, die eine Struktur des Zentralbanksystems aufweist.

2. Wirtschaftliches Paradigma

a) Der Schlüssel für ein fundiertes Wachstum

Ein Unternehmen mit seinem Anlagevermögen, wie z.B. Maschinen, ist schon aus rechtlicher Sicht gezwungen, jährliche Abschreibungen zu berücksichtigen (siehe hierzu Bild 25 unten). Die Abschreibungshöhe orientiert sich an den Anschaffungskosten und an der Nutzungsdauer.

Technisch	Wirtschaftlich	Rechtlich
technischer Verschleiß	Wertminderung durch technischen Fortschritt	steuerrechtlich
technische Nutzung	Bedarfsverschiebung am Markt	handelsrechtlich

Bild 25: Ursache für Abschreibungen

Aus meinem Maschinenbaustudium ist bekannt, daß ein Unternehmen (U) wächst, wenn dessen Investitionen (I) größer sind, als die Abschreibungen (A) und dieses ist nicht nur ein Modell. Erweitert bedeutet dies:

$$I > A \rightarrow U \text{ wächst}$$

$$I = A \rightarrow U \text{ stagniert}$$

$$I < A \rightarrow U \text{ schrumpft}$$

Diesen Sachverhalt kann man auch auf ein Land bzw. auf eine Volkswirtschaft übertragen. Man könnte es sogar auf die gesamte Weltwirtschaft umlegen, egal ob der Einfluß, wie von Lohnniveaus, Steuern, Zöllen, Wechselkursen, Preissteigerungen in verschiedenen Ländern unterschiedlich ist.

Investitionen sind die Voraussetzung für Wachstum und damit Grundlage für die Schaffung von Arbeit (vgl. Bild 26 unten). Wenn in ein Unternehmen überhaupt nicht mehr investiert wird, so beutet man es aus, man zehrt von den Reserven, bis das Unternehmen zu Grunde gegangen ist.

Sachinvestitionen:	Grundstücke, Anlagen, Vorräte
Finanzinvestitionen:	Beteiligungen, Forderungen
Immaterielle Investitionen:	Forschung & Entwicklung, Werbung, Soziales, Bildung

Bild 26: Typen von Investitionen

b) Voraussetzung für Investitionen

Investition bedeutet Mittelbeschaffung, Mitteleinsatz und, über einen Zeitraum betrachtet, eine Kapitalbindung. Ist Kapital gebunden, so verursacht es letztlich Zinsen bzw. Renditen aus den Erwartungen/Forderungen des Kapitalgebers, die der Kapitalnehmer (Schuldner) zu zahlen hat.

Ein Maß für die Zahlungen ist der Zinssatz. Daraus könnte man folgern: Je höher der Zinssatz, desto höher die Zahlungen an den Geldgeber, desto besser für ihn. Aber es existiert ein Risiko. Es gilt: Je höher der Zinssatz – desto höher das Risiko, was in Bild 27 veranschaulicht wird.

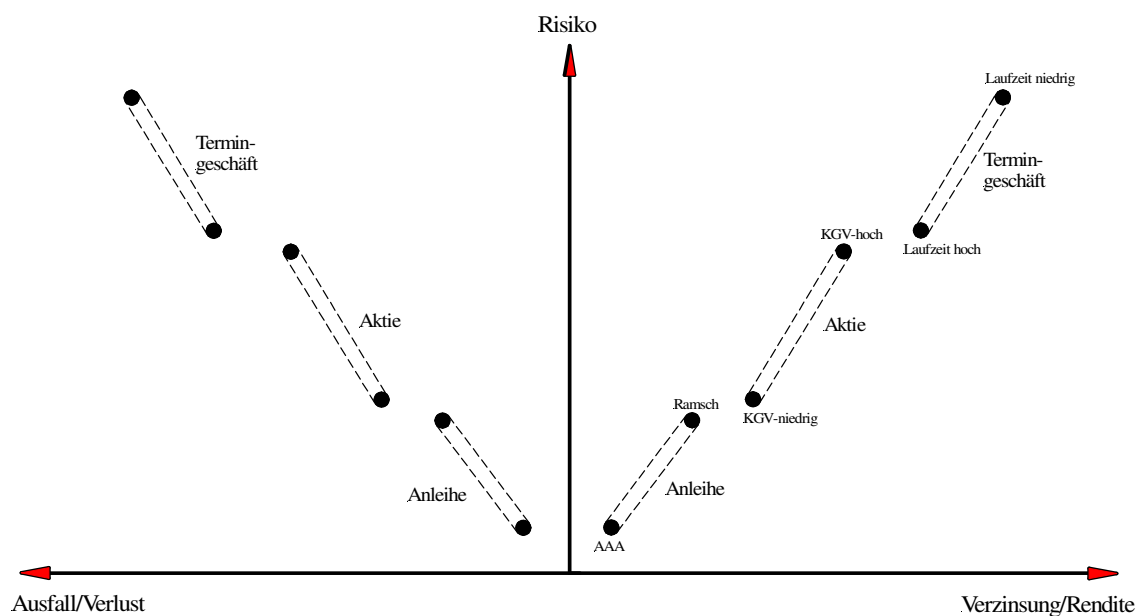


Bild 27: Risiko-Renditevergleich

Der Investor als Schuldner muß seinerseits Rückflüsse erwirtschaften, um den geforderten Rückzahlungen eines Kredites nachzukommen, und darüber hinaus die Zinsen bedienen. Je höher der Zins, desto höher werden die Zinszahlungen bzw. die Kapitalkosten.

Der Geldgeber als Investor hat nun die Wahl, ob er entweder sein Geld selbst investiert oder es an jemanden ausleiht. Im ersten Fall braucht er zwar keine Zinsen zahlen, er bekommt aber auch keine Zinszahlungen. Das gilt im zweiten Fall nicht, wenn er sein Geld ausleiht.

Eine Investition ist erfolgreich, indem also mindestens die Kapitalkosten erwirtschaftet werden. Diese Kapitalkosten orientieren sich entweder, für den Schuldner am Kreditzinssatz oder am Marktzins, wenn man als Geldgeber investiert. Denn der Geldbesitzer könnte sein Geld in festverzinsliche Wertpapiere anlegen.

Als Schuldner arbeitet man mit fremden Kapital – Fremdkapital.

Als Gläubiger arbeitet man mit seinem eigenen Kapital – Eigenkapital.

Bei Aktiengesellschaften gibt es nun Fremdkapital und Eigenkapital nebenher, weil die Aktionäre als Gläubiger/Teilhaber oder auch Anteilseigner betrachtet werden. Fremdkapital kommt dagegen von den Banken.

Sind die Zinssätze niedrig, so sind Investitionen eher erfolgreich, weil die Kapitalkosten niedrig sind.

c) Voraussetzung für niedrige Zinsen

Die Marktzinsen (bzw. Renditen festverzinslicher Wertpapiere) ergeben sich aus der Addition der Inflationsrate und den Realzinsen. Bild 28 unten zeigt diesen Zusammenhang.

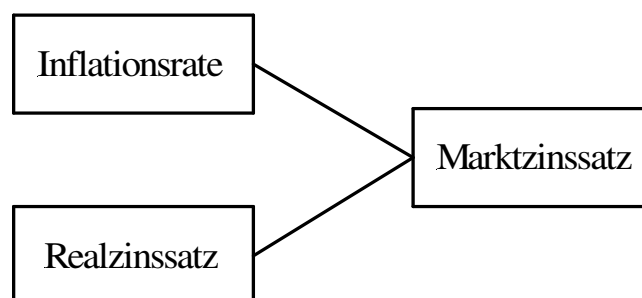


Bild 28: Entstehung Marktzinssatz

Der Kreditzins ergibt sich dann durch einen Aufschlag auf den Marktzins. Falls die Inflationsrate niedrig ist, so sind die langfristigen Marktzinsen auch verhältnismäßig niedrig und mit ihnen die langfristigen Kreditzinsen, da sich die langfristigen Realzinsen kaum ändern. Das zeigt sich in den letzten 50 Jahren, zur Zeit der D-Mark.

Die Preisstabilität als Grundlage für eine erfolgreiche Volkswirtschaft.

α) Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank

„Preisstabilität wird definiert als Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das Euro-Währungsgebiet von unter 2 % gegenüber Vorjahr.“ Das schreibt die Europäische Zentralbank in ihrer Veröffentlichung „Die Geldpolitik der EZB“, auf Seite 42, zu ihrer Definition von Preisstabilität.

Es wird dann noch weiter darauf hingewiesen, daß Deflation bzw. ein Rückgang des Verbraucherpreisindex mit Preisstabilität unvereinbar ist, was sich im Wort „Anstieg“ zeigt.

Hieraus ergibt sich, daß ein Verbraucherpreisindex von 0 % (Null) auch ausgeschlossen wird. Daraus folgt eine untere Grenze der langfristigen Marktzinsen, da die Realzinsen im langfristigen Bereich nicht unter Null fallen bzw. negativ werden. Woher nimmt die EZB ihre Gründe für diese Definition?

β) Das goldene Zeitalter der Sicherheit

(vgl. auch tz-Serien von Hans Riehl um 2000)

Nach den turbulenten Gründerjahren des Deutschen Reiches, Ende des 19. Jhdt., begann ein Zeitalter der Stabilität, in der sich die Preisschwankungen immer wieder ausglich.

Die Lohn-Preis-Spirale gab es nicht. Der Geldwertschwund oder Inflationsrate, zwei unbekannte Begriffe in Deutschland damals, betrug über dreißig Jahre durchschnittlich 0 Prozent, bei einem Durchschnittswachstum von 2,6 % seit dem Jahr 1850.

(Bild 29 unten: Die Rendite festverzinslicher Wertpapiere schwankte von 4,61-3,34 Prozent im Zeitraum 1870-1913).

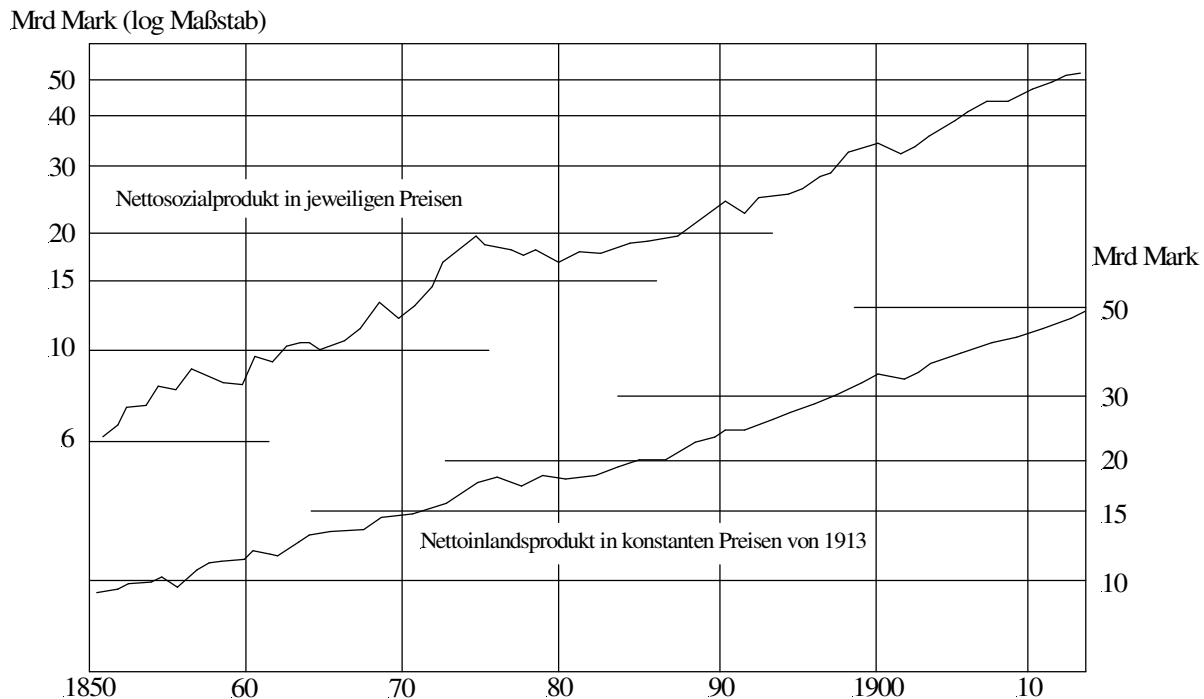


Bild 29: Entwicklung des Nettosozialproduktes in Deutschland 1850-1913

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges war dieses goldene Zeitalter der Stabilität vorbei.

Warum schließt dann die EZB, die die Aufgabe der Bundesbank übernahm, kategorisch eine Inflationsrate von Null Prozent aus.

γ) Annahme negativer Zinsen

Abgesehen von kurzen Phasen während des letzten Weltkrieges, in den USA und ab 1974 bis 1980 in der Schweiz für Ausländer, sind negative Zinssätze schon im kurzfristigen Bereich eine Ausnahme.

Bei negativen Zinsen erhält der Gläubiger weniger zurück als er ausgeliehen hat. Er zahlt, vergleichbar einer Gebühr, für die Verwahrung seines Geldes. Ist die Inflation auch negativ, so steigert sich der Geldwert bzw. die Kaufkraft.

Der Haken bei negativen Zinsen ist also, daß man das Geld gleich abheben könnte und man sich dadurch die „Gebühr“ ersparen würde. Setzt man diesen Tatbestand außer Kraft, so könnte die EZB mit negativen Zinsen operieren und eine kontrollierte

Deflation, ohne dauerhafte Abnahme der Güternachfrage und Güterproduktion, walten lassen.

d) Voraussetzung für negative Zinsen

Die Differenz zwischen Marktzinssatz und Inflationsrate ist wie bereits dargestellt der Realzinssatz. Ergo sind mindestens um den Betrag positiver Realzinsen negative Inflationsraten notwendig, um negative Marktzinsen zu erreichen (vgl. Bild 29a).

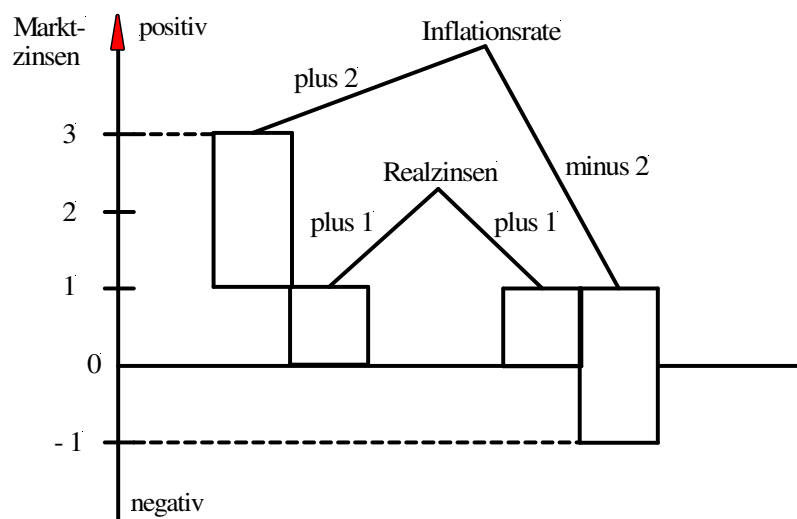


Bild 29a: Entstehung von negativen Marktzinsen

Auch ist es notwendig, daß die Gläubiger ihr Geld nicht wegen einer „Gebühr“ abheben. Das wird dadurch erreicht, in dem man bei Hortung auch eine Gebühr bzw. einen Aufwertungsausgleich einführt, mit der sich dann eben eine Hortung, bei negativen Zinssätzen, nicht mehr rentiert.

Voraussetzung beim Zahlungsverkehr ist die Aufnahme und zentrale Speicherung der Geldscheine (z.B. durch Nummernlesegeräte) und Datum, mit der sich ergebenden Möglichkeit, den Zeitraum zu berechnen, wie lang der Besitzer die Scheine bar hielt um dann die Gebühr bei negativen Zinssätzen zu errechnen.

Es wäre für die Zuordnung der Gebühr bei Hortung wahrscheinlich einfacher, wenn man z.B. eine Zeitgrenze von 3 Monaten einführt, in der keine Gebühren anfallen, um so den täglichen Zahlungsverkehr so weit wie möglich nicht zu belasten. In Bild 30 ist ein Beispiel aufgeführt.

Beispiel: Annahme Realzins von 3 %, der Aufwertungsausgleich ist die Gebühr.

1.	Inflation	Marktzins	Negative Inflation	Marktzins
	3 %	6 %	- 3%	0 %
Bei Anlage:	Ertrag real: 3 %		Ertrag real: 3 % (= Kaufkraftgewinn)	
Bei Hortung:	Verlust: 3 % (= Kaufkraftminderung)		Aufwertungsausgleich: 2 x 3 % ergibt Verlust von 3 %	
2.	Inflation	Marktzins	Negative Inflation	Marktzins
	10 %	13 %	- 10 %	- 7 %
Bei Anlage:	Ertrag real: 3 %		Ertrag real: 3 %	
Bei Hortung:	Verlust: 10 % (= Kaufkraftminderung)		Aufwertungsausgleich: 2 x 10 % ergibt Verlust von 10 %	

Bild 30: Berechnungsverfahren bei Deflation

Vorgehen: Aufwertungsausgleich bei negativer Inflationsrate ist doppelte Betragshöhe der Inflationsrate. Beispielsweise bei einer negativen Inflationsrate von minus 3 %, ergibt sich ein Aufwertungsausgleich von 6 %. Durch den Kaufkraftgewinn von 3 %, der aus der negativen Inflationsrate entsteht, weist die Differenz einen Verlust von 3 % aus.

In der Anlage 1, auf Seite 56, ist das Vorgehen bei negativen Realzinsen beispielhaft dargestellt.

e) Bedeutung des Zinses für Unternehmen

Die Teuerung/Preissteigerung, die aus einem Warenkorb berechnet wird, bezieht sich auf die Verbraucher/privaten Haushalte.

Für Firmen jedoch, hat der Warenkorb im Grunde keine Bedeutung, da diese wertmäßig/volumenmäßig hauptsächlich andere Güter/Produkte, die nicht der gesamte Warenkorb beinhaltet, kaufen und verkaufen (vergleich Bild 31).

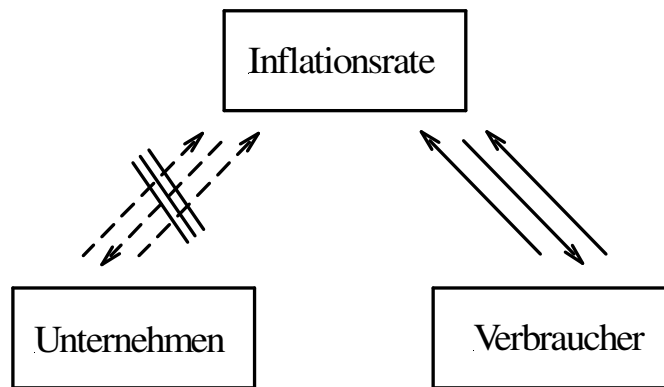


Bild 31: Bedeutung Inflationsrate

Beispielsweise Schweißroboter oder gewalzter Stahl für einen Autohersteller, Steine für eine Baufirma, sind im Warenkorb gar nicht enthalten. Ein Computerhersteller wiederum kann sich nicht auf eine Inflationsrate von z.B. 2 Prozent beziehen, wenn die PC-Preise um 25 Prozent pro Jahr fallen.

Für Firmen ist der Zins von viel größerer Wichtigkeit, als die Inflationsrate. Den 1 Euro Schulden sind 1 Euro Schulden, für jedes Unternehmen. Daraus ergibt es sich, je niedriger der Zins, desto weniger ist der jährliche Schuldendienst. Noch besser wären natürlich negative Kreditzinsen für die Unternehmen, in diesem Fall bekämen die Unternehmen bei Schulden jährlich noch was ausbezahlt.

α) Investitionsrechnung

Das nachfolgende Bild 32 zeigt einen Kapitalkostenvergleich von zwei gleichen Maschinen, aber bei unterschiedlicher Verzinsung der Investition (10 und noch 5 %).

	Fall 1	Fall 2
Anschaffungskosten (Ak):	100 000.-	100 000.-
Restwert:	0	0
Nutzungsdauer (D):	10 Jahre	10 Jahre
Zinssatz (i):	10 %	5 %

Es ergibt sich:

Abschreibung/Afa (hier: $\frac{A_k}{D}$):	10 000.-	10 000.-
Zinskosten (hier: $\frac{1}{2} \times A_k \times i$):	5 000.-	2 500.-
Kapitalkosten (Afa + Zinsen):	15 000.-	12 500.-

Bild 32: Kapitalkosten pro Jahr bei unterschiedlichen Zinsen

Die Kapitalkosten sind im Fall 1 um 20 % höher, als im Fall 2.

β) Rentabilität

Die Rentabilität (ROI) ergibt sich aus den niedrigeren Kapitalkosten im obigen Beispiel. Die Differenz wird als Gewinn gesetzt.

$$ROI = \frac{\text{Gewinn}}{\frac{1}{2} A_k}$$

$$ROI = \frac{2\,500.-}{50\,000.-} = 5\%$$

Die verminderten Kapitalkosten ergeben eine Renditesteigerung um 5 %-Punkte. Schon allein die Ersparnis von 2 500 .- könnte pro Jahr für Neuinvestitionen verwendet werden. Dies entspricht einer Steigerung von 25 %, der getätigten Investitionen, da vorher 100 000.- auf 10 Jahre investiert wurden.

γ) Amortisationszeit

Die Amortisationszeit (T_A) ist die Zeit, bis investiertes Kapital zurückgeflossen ist.

$$T_A = \frac{\text{Anschaffungskosten}}{\text{Rückfluß}}$$

$$\text{Rückfluß} = \text{Gewinn} + \text{jährliche Abschreibung}$$

Hat man keinen Gewinn aber auch keinen Verlust, so ist die Amortisationszeit gleich der Nutzungsdauer.

Aus obigen Beispiel, mit Anschaffungskosten von 100 000.- und einem Rückfluß (der den Abschreibungen entspricht) von 10 000.-, ergibt sich eine Amortisationsdauer eben von 10 Jahren (die Zinskosten sind in der Gewinnermittlung/Verlustermittlung berücksichtigt).

Nimmt man nur, durch den verringerten Zinssatz im Fall 2, die Ersparnis als Gewinn, so ergibt sich: $T_A = \frac{100\,000.-}{12\,500.-} = 8$ Jahre.

Das heißt, daß durch den verringerten Zins im Fall 2, das investierte Kapital um 2 Jahre schneller zurückfließt.

δ) Unternehmenswert

Hier wird nur verdeutlicht, welchen positiven Einfluß niedrige Marktzinsen und dadurch ein niedriger Abzinsungssatz (r) auf den zukünftigen Unternehmenswert hat (r im Nenner kleiner \implies Bruch bzw. Wert größer).

(Ansonsten berechnet sich der Unternehmenswert (bekannt als Discounted Cash Flow – DCF) hauptsächlich aus den zukünftigen abgezinsten Rückflüssen, bzw. abgezinsten Summen aus Gewinn und Abschreibung, und dem abgezinsten Restwert (das Zeichen Σ steht symbolisch für Summe). Die Abzinsung erfolgt deswegen, weil der gegenwärtige Wert des Geldes höher ist, als der zukünftige, aufgrund einer möglichen Anlage des Geldes gegenwärtig z.B. in Anleihen und den dadurch zusätzlich entstehenden Geldzuflüssen in Form von Zinsen.)

$$UW = \sum_{t=1}^T \frac{CF_t}{(1+r)^t} + \frac{RW_T}{(1+r)^T} + NBV$$

UW= Unternehmenswert

CF= Rückfluß ($\approx \Sigma$ (Gewinn + Abschreibung))

RW= Restwert

NBV= Nicht Betriebsnotwendiges Vermögen

r = Abzinsungssatz

t = betrachtete Periode (z.B. 3. Jahr)

T = Planungszeit (z.B. 10 Jahre)

In der Anlage 2, auf Seite 56/57, ist die Ermittlung von einem Abzinsungssatz beispielhaft dargestellt.

ε) Wertbeitrag

Der Wertbeitrag (bekannt als Added Value - AV) einer Periode ergibt sich aus:

$$AV = \left(\frac{CF}{BK} - r \right) \times BK$$

AV= Wertbeitrag

CF= Rückfluß ($\approx \sum (\text{Gewinn} + \text{Abschreibung})$)

r= Abzinsungssatz

BK= Betriebsnotwendiges Kapital

Falls der Abzinsungssatz (r) niedriger ist, so ergibt sich allein dadurch ein höherer Wertbeitrag (da Differenz in Klammer größer), auch wenn die Verhältnisse, wie beim Kapital, Gewinn und den Abschreibungen, gleich bleiben.

AV > 0: Wertsteigerung

AV = 0: Werterhaltung

AV < 0: Wertvernichtung

f) Bedeutung des Zinses für die Gesamtwirtschaft

α) Zinsleistung mit Lohnvergleich

Die gesamten Zinszahlungen von Unternehmen und Selbständigen an Banken, in Deutschland im Jahr 2002, betragen ca. 76,64 Mrd. Euro, bei einem durchschnittlich angenommenen Zins von 6 %. Der Anteil am BIP (in Preisen von 1995) betrug somit ca. 3,9 %.

Vergleicht man nur die Hälfte dieser jährlichen Zinszahlungen mit den Arbeitnehmerentgelten, so würde eine Ersparnis von 38,32 Mrd. Euro einer Brutto-Lohnsenkung (einschließlich Sozialabgaben der Arbeitgeber) von ca. 3,4 Prozent entsprechen.

β) Beispiele

Als erstes Beispiel möchte ich den Transrapid aufzeigen. Bei der vor Jahren geplanten Strecke, vom Flughafen München zum Hauptbahnhof, waren die Baukosten 2,2 Mrd. Euro, nach Schätzungen von 2006 hoch. Ursprünglich ging man von 1,3 Mrd. € Baukosten aus, die Grünen gingen von bis zu 4 Mrd. € Baukosten aus. Rechnet man beispielhaft mit einer Tilgungsdauer (jährlich gleiche Raten) von 10 Jahren und einem Zinssatz von 6 %, so summieren sich die Zinskosten von ursprünglich ca. 430 Mio. € (bei 1,3 Mrd. € Baukosten) auf ca. 730 Mio. € (bei 2,2 Mrd. € Baukosten) und auf ca. 1,3 Mrd. € (bei 4 Mrd. € Baukosten). Generell ist die Zinslast 33 % der Baukosten.

Das zweite Beispiel ist die Kernfusionsforschung. Hierbei werden von der EU und den beteiligten EU-Staaten, laut Planungen, bis zum Jahr 2050 jährlich 500 Mio. € benötigt. Mit einem Zins von 3 % ergibt sich die absolute Summe, wenn man von dem Jahr 2000 ausgeht, von ca. 56 Mrd. €. Ohne Zinslast wäre die Summe ab dem Jahr 2000 bis 2050 bei 25 Mrd. €. Bei einer beispielhaften Ersparnis, für die Zinslast, von 31 Mrd. €, wenn man mit Null Prozent an Zinsen rechnet, wäre der Iter (Bild 33), mit Kosten von ca. 4 Mrd. €, leichter zu bezahlen.

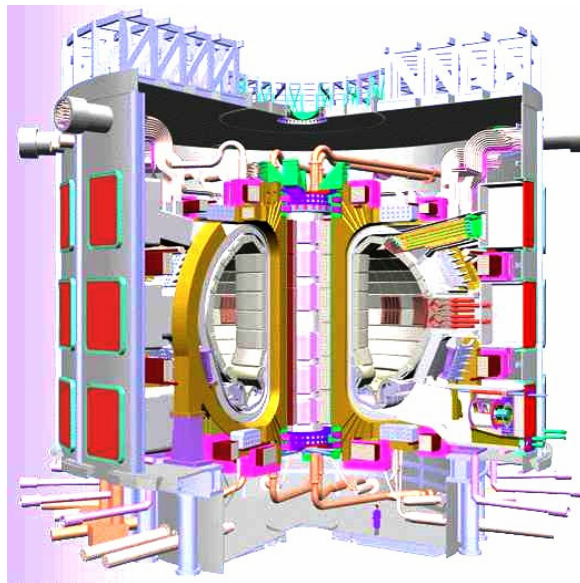


Bild 33: Iter

Man bedenke, wenn man negative Zinsen in Anspruch nehmen könnte.....

3. Absicherung

a) Der Aktienmarkt

Bei der Börse wird alles Mögliche gehandelt, z.B. von Schweineböcken über Anleihen zu Aktien.

Der Inhaber einer Aktie als Teilhaber eines Unternehmens. Der Grundgedanke ist nicht schlecht, nur wirklich gut funktioniert hat der Aktienmarkt dauerhaft nicht, weltweit betrachtet, seit seines Bestehens. Das zeigen z.B. folgende Ereignisse.

- 17. Jhdt.: Ostindische-Aktien-Panik
- 19. Jhdt.: Gründerkrach in Deutschland
- 1929: Schwarzer Freitag in Amerika
- 1989: Bubble Burst in Japan
- 1997: Asienkrise
- 2000: Internet-Blase in Amerika

Den dort werden Handlungen oft nicht rational getätigt, sondern irrational. Handlungen, die nicht zu erklären, die nicht nachzuvollziehen sind. Allein wegen dem psychischen Verhalten der Anleger (vergleich Bild 34 unten).

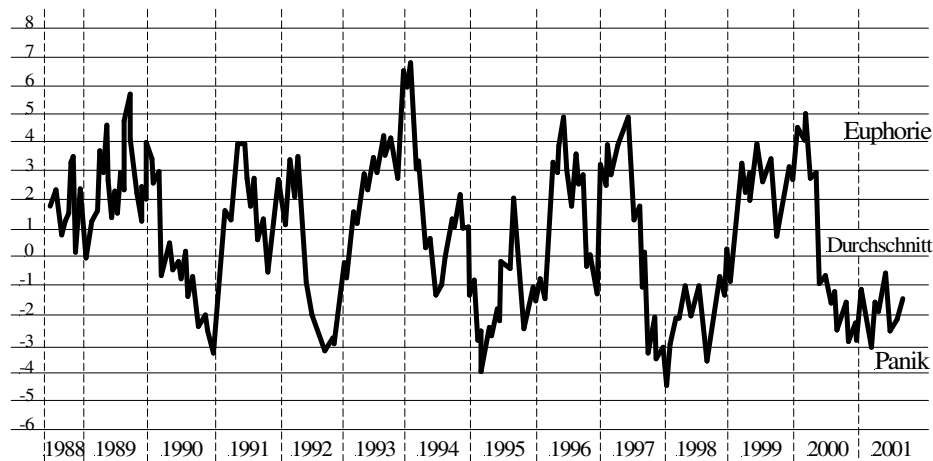


Bild 34: Risikoneigung der Investoren

Und dieses Verhalten auf den Aktienmärkten, mit entsprechend schwerwiegenden Folgen, wie z.B. ab dem Jahr 1929 bis 1932, hat den Kapitalismus schon nahe an seine Auflösung getrieben. In dieser Zeit wurden mind. 50 Mrd. \$ vernichtet und die ganze Welt wurde in eine Krise gestürzt.

Es ist halt die Spekulation, die wieder und wieder auf dem Aktienmarkt herrscht, die von Habgier, Euphorie, Panik und Spielsucht begleitet ist. Aber auch Betrug, wie in

Vergangenheit bei Worldcom, führten dazu, daß erneut dieser Markt ab dem Jahr 2000 versagte und dadurch riesige Vermögenswerte weltweit vernichtet wurden.

Zahlen dazu schwanken vom Jahr 2000 bis 2003 über 16 Bio. \$ bis 13,4 Bio. \$. Nimmt man den Mittelwert, so ergeben sich ca. 15 Bio. \$. Bedenkt man, daß ein Flughafen, von der Größe des Münchner Airports, der für eine Kapazität von 20-22 Mio. Passagieren, ca. 4 Mrd. \$ kostete (1 \$ gleich 2 DM), so wurden vergleichbar, durch den Niedergang der Aktienmärkte ab dem Jahr 2000, ca. 3500 Flughäfen solcher Größenordnung, bei einer gemittelten Gesamtzahl von ca. 200 bestehender Flughäfen, wie der Münchner, weltweit in den Sand gesetzt.

Was will man mit diesem System erreichen, daß beim nächsten Kollaps evtl. ein paar Erden, so nebenbei, verscherbelt werden?

b) Eigenkapitalanteile (Eka's)

Eigenkapitalanteile werden hier als eine Zwischenform von Aktien und Anleihen verstanden. Der Inhaber von Eka's wird stärker in das Unternehmen eingebunden, ihm wird mehr unternehmerisches Risiko zugeteilt und weniger Spekulationsrisiko, als dies bei Aktien der Fall ist (siehe Bild 35 unten).

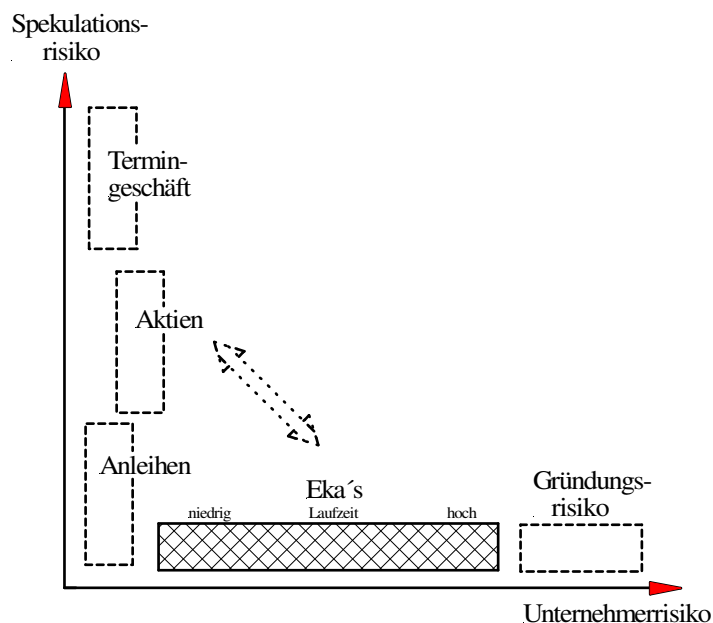


Bild 35: Risikovergleich der Eka's

Das Spekulationsrisiko ist an dem verschiedenen Kurs-Gewinn-Verhältnis KGV oder (Kurs der Aktie zu Gewinn pro Aktie) der Vergangenheit zu ersehen (Bild 36 unten). Denn bei einem gleichen Gewinn pro Aktie kann bei zwei Aktien eine Aktie mit halben KGV, zum Vergleich zur anderen Aktie mit einem ganzen Kurs-Gewinn-Verhältnis, die Hälfte dann kosten.

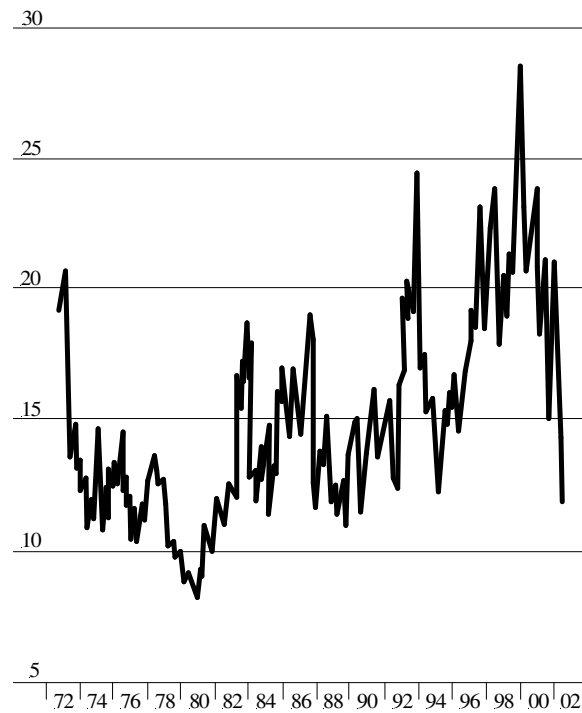


Bild 36: Kurs-Gewinn-Verhältnis der Dax-30-Aktien

Die unterschiedliche Bewertung des KGV's (Kurs-Gewinn-Verhältnis) von Aktien ist rein irrationaler Natur. Dieser Umstand wird durch die Eka's ausgeschaltet.

Hat nun eine Person die Absicht, sich an einem Unternehmen zu beteiligen, so kann es Anteile mit verschiedenen Laufzeiten zeichnen. Es wird z.B. ein Anteil mit dem Wert von 5 Euro und einer Laufzeit von 5 Jahren gekauft. Daraus wird beabsichtigt, sich an der Firma für mindestens 5 Jahre zu beteiligen.

Ein Unterschied zu Industrieanleihen besteht jetzt darin, daß eine Verzinsung nicht von vornherein festgelegt wird, sondern sich die Verzinsung nach dem Unternehmensgewinn bzw. die Verzinsung sich nach der Unternehmenslage richtet. Es kann eine Garantieverzinsung vorgegeben werden. Gerechtere wäre es, wenn die Verzinsung bzw. Ausschüttung bei längerer Laufzeit relativ höher ist, als bei kürzerer Laufzeit. Auch hat man im Vergleich zu Industrieanleihen ein Stimmrecht.

Damit kann wie folgt eine Ausschüttung zugewiesen werden:

Eka-Laufzeit	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	13 Jahre	15 Jahre
Ausschüttung (in % von Einlage)	3 %	3,25	3,5		6	6,5

Falls man doch, aus irgendwelchen Gründen, vorher verkaufen möchte, so kann man es unter Zugeständnissen tun.

Dies zeigt sich mit Abschlägen pro Anteil, welche auf die verbleibende Laufzeit bezogen werden, wie z.B. 2 % pro Jahr Restlaufzeit. Bei einem Anteil, der noch eine verbleibende Laufzeit von 10 Jahren hat, wären es somit 20 % Abschlag.

Die Schwankungen in der Nachfrage werden nicht über einen Kurs ausgeglichen, sondern im Zusammenspiel von Eigenkapitalanteilen mit Fremdkapital. Das heißt: Ist eine große Nachfrage nach Eka´s vorhanden, so kann das Unternehmen Fremdkapital in Eigenkapital umwandeln. Es geht praktisch verstärkt die Geldbeschaffung vom Unternehmen aus, mit der Absicht die Eigenkapitalbasis zu erweitern.

Abermals wird hierdurch die Stabilität positiv beeinflusst. Auch wird der Zusammenhang bei Aktien, daß für das gleiche Stimmrecht verschiedene Preise gezahlt werden, außer Kraft gesetzt, da die Eigner von Eka´s stimmberechtigt sind.

Dennoch möchte ich nicht den Aktienmarkt abschaffen, sondern eine Alternative initiieren. Ich denke, daß eine solche Anlageform in die Landschaft paßt, denn fast jeder zweite Europäer und über 60 % der Amerikaner wollen Unternehmer werden.

c) Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika,

4. Juli 1776

Darin heißt es: „Folgende Wahrheiten bedürfen uns keines Beweises: Daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das

Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre rechtmäßige Autorität aus der Zustimmung der Regierten herleiten; daß, wann immer irgendeine Regierungsform diesen Zielen abträglich wird, das Volk berechtigt ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solche Prinzipien zu errichten und ihre Gewalten solchermaßen zu organisieren, wie es ihm zu Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glücks am ratsamsten erscheint.“

In Deutschland haben wir nur Gleichheit vor dem Gesetz, als Grundrecht nach Art. 3, im Grundgesetz verankert.

Bei Anwendung des Zinseffektes, wie auch des Shareholder-Verfahrens, wird gegen das Gleichheitsprinzip grundsätzlich verstoßen. Gegenwärtig werden Vermögende noch vermögender und die Armen noch ärmer, aus Prinzip (siehe nachfolgendes Bild 37/exponentiell-gegensätzlich).

Herrschen z.B. negative Zinsen von ca. 5 %, so würde diese Gegebenheit prinzipiell stark gemildert (siehe gleiches Bild 37/exponentiell-gleichförmig). Noch dazu das biblische Zinsverbot* hierdurch auch erfüllt ist.

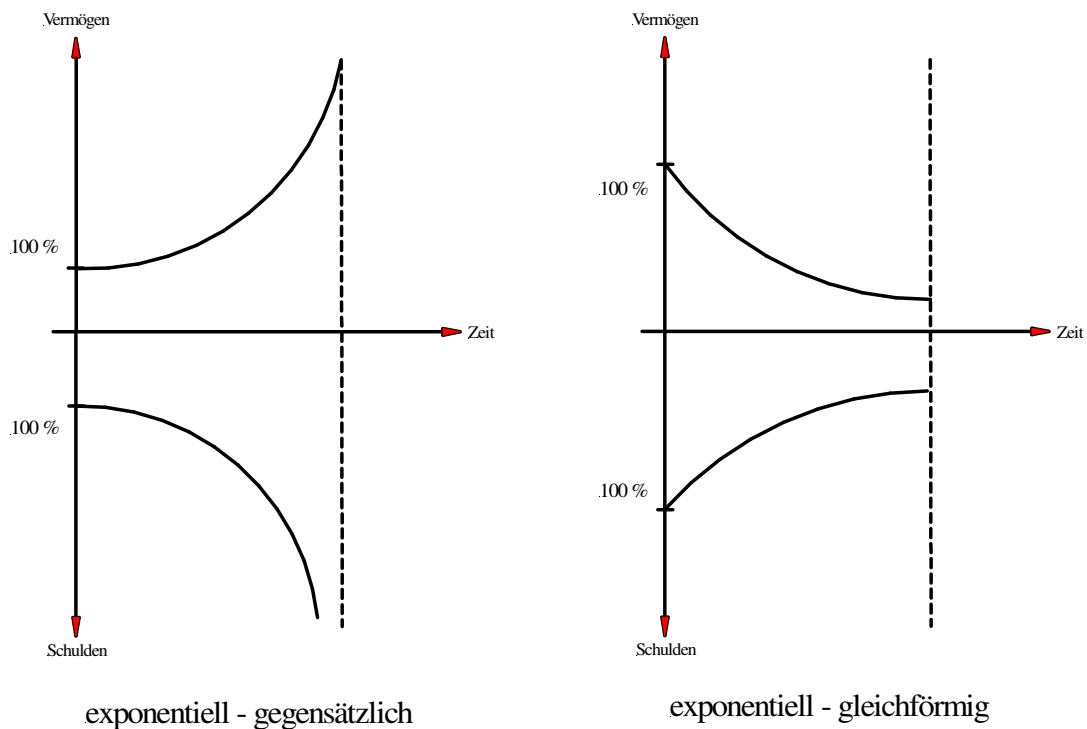


Bild 37: Vermögens-/Schuldenentwicklung

* Vgl.: Exodus 22, 20-24 / Levitikus 25, 35-38 / Deuteronomium 23, 20-22 / Lukas 6, 35

d) Begründung für die kontrollierte Deflation

α) Preisfunktion

Die Märkte, und mit ihnen die Unternehmen, haben sich, in den letzten Jahren, stark gewandelt. Es entwickelten sich verstärkt Massenmärkte bzw. Massenproduktionen. Die Merkmale von Massenmärkten sind in Bild 38 unten aufgezeigt.

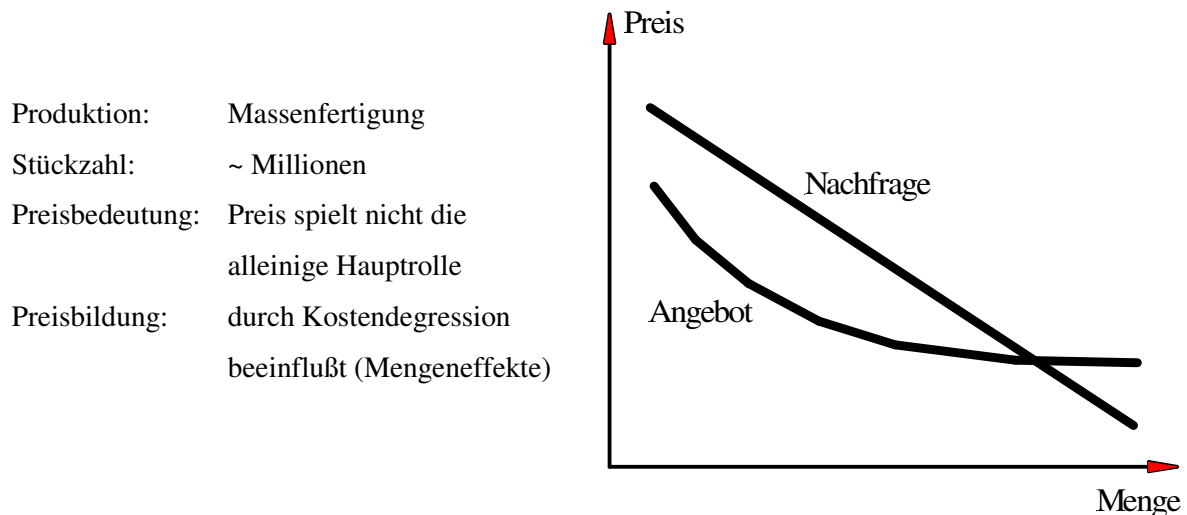


Bild 38: Merkmale und Preisfunktion von Massenmärkten

Die entscheidende Rolle, bei den Massenmärkten, ist nicht der Preis, es kommt auch auf die Menge an. Durch eine viel größere Anzahl des gleichen Produktes, ergeben sich Synergien beim Einkauf, für die Entwicklung, in der Produktion usw.. Die Unternehmen sind in der Lage, bei einer größeren Stückzahl, die Kosten pro Stück zu reduzieren und damit das Produkt günstiger im Preis anzubieten.

Auch werden durch ständige Innovationen, Rationalisierungen und Produktivitätsfortschritte fallende Preise begünstigt.

β) Inflationswirksamkeit

Es gibt einen langfristigen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau (vgl. „Die Geldpolitik der EZB“, S. 52). Da die Geldmenge auf kurzfristige Gelder, mit einer Kündigungsfrist oder Laufzeit bis zu zwei Jahren bezogen ist, sind also

kurzfristige Gelder inflationswirksam bzw. hat deren Steigerung eine steigende Auswirkung auf die Inflation.

Für eine zukünftige Deflation, aus heutiger Sicht, nicht mit zweistelligen Krisenraten, ist demnach eine negative Geldmengenentwicklung anzustreben. Allein aus niedrigeren Zinssätzen wird dies begünstigt.

Aber um dauerhaft mehr Vorteile, von der Zinsseite betrachtet, für Investitionen zu schaffen, ist es besser, wenn eben die Zinsen und vor allem die langfristigen Zinsen, die sich zwar hauptsächlich an der Inflationsrate orientieren, aber die Inflationsrate nicht beeinflussen, niedriger sind.

Auf Basis einer dauerhaften, stabilen Politik, mit mehr Sicherheit und Vertrauen, wäre es möglich, daß den mittelfristigen und langfristigen Anlagen (siehe Bild 39 unten), die nicht in der Geldmenge enthalten sind, mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, da sie nicht inflationswirksam sind.

Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland (Stand Ende Nov. 2002, in Mio. €)		
Laufzeit in Jahren:	Betrag absolut:	Betrag anteilig:
bis unter 2	942 250	37,4 %
2 bis unter 4	591 898	23,5 %
4 bis unter 6	389 488	15,6 %
6 bis unter 8	250 300	9,9 %
8 bis unter 10	189 091	7,5 %
10 bis unter 15	40 945	1,6 %
15 bis unter 20	18 646	0,7 %
20 und darüber	97 003	3,8 %

Bild 39: Anteil von festverzinslichen Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in Deutschland (einschließlich der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen), abhängig von der Laufzeit

Auch ist noch zu bemerken, daß eine hohe Inflation, wegen hoher Nachfrage, in so großem Ausmaß wie früher, nicht mehr stattfinden wird, aufgrund des immensen Produktionspotentials der Weltwirtschaft, welches immer mehr durch Vernetzung, Globalisierung genutzt wird. Im Bild 40 unten ist die Steigerung des Welthandels dargestellt.



Bild 40: Anteil Weltexport an der Weltwirtschaftsleistung

Hierzu ist als Beispiel die deutsche Wiedervereinigung zu nennen. In der Anfangsphase ist der starke Nachholprozeß der Ostdeutschen, durch Kapazitäten des Auslandes ausgeglichener gewesen, als wenn Deutschland alleine die neuen Länder hätte versorgen müssen.

III. Zusammenfassung

1. Mögliche Erweiterung

Es wird der Idealismus, dessen Ursprünge als Wirtschaftssystem ich im Liberalismus sehe, und dessen philosophische Strömung zw. 1790 und 1830 in Deutschland bereits herrschte, nicht als ad infinitum betrachtet, in Bezug zur Herrschaft.

Auch er kann ohne weiteres erweitert werden. Die Menschheit entwickelt sich ständig weiter, auch über die Selbstverwirklichung hinaus (Bild 41).

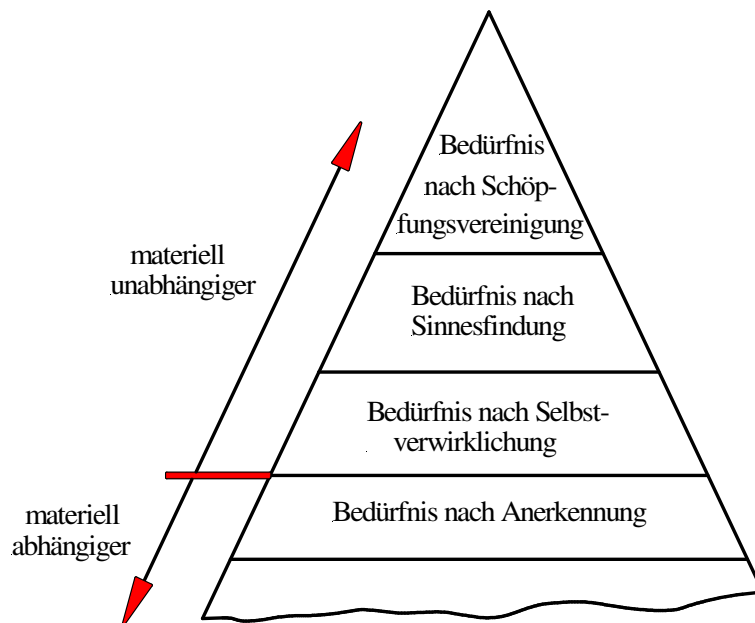


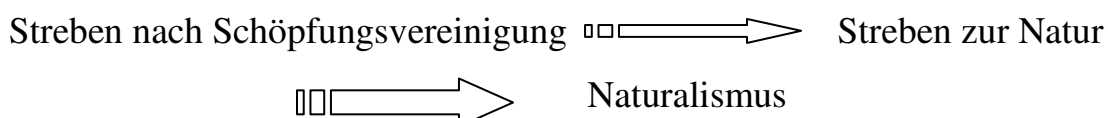
Bild 41: Erweiterte Bedürfnispyramide nach Maslow

a) Mögliche Herleitung

Zur Sinnesfindung:



Zur Schöpfungsvereinigung:



Daß man sich schon mit dem Sinn bzw. der Sinnesfindung beschäftigt, zeigen die Neuerscheinungen von Büchern, die dieses Thema behandeln. Diese Strömung hat schon Wurzeln geschlagen. Das Bild 42 unten verdeutlicht dies.

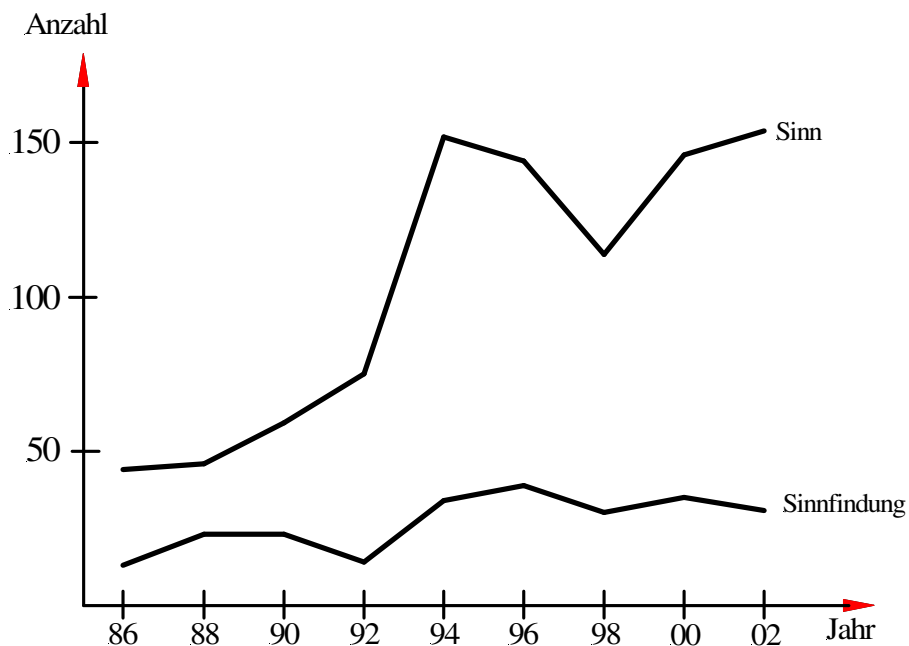


Bild 42: Neuerscheinungen von Büchern in Deutschland (Suche mit jeweiligen Schlagwort)

Zum Naturalismus kann man bemerken, daß jeder, von Natur aus, einen Sinn im Leben hat, eine Gabe oder ein besonderes Talent.

Wer dieses Talent in den Dienst der Menschheit stellt, ist auf der Stufe der Schöpfungsvereinigung. (Vergleich tz vom 28./29.09.96 Seite 13.)

b) Wirtschaftliche Entwicklung

Früher galt, bei dem erzkapitalistischen Land überhaupt, den USA, nur die Devise „Profit, Profit“ (Gewinn, Gewinn). Dieses Vorgehen kann durch die bilanziellen Gestaltungsmöglichkeiten, unabhängig von Qualitätsmaßnahmen, in großen Bandbreiten, bis zur Manipulation, gesteuert werden.

Dagegen ist eine neue Strömung erkennbar, welche die Maxime der Wertsteigerung beinhaltet (vgl. beschriebener Unternehmenswert und Wertbeitrag, auf Seite 39 und

40). Grob ausgedrückt, maximiert man die abgezinste Summe von Gewinn und Abschreibung. Die Wertsteigerung wird schon dadurch positiv beeinflusst, indem man die Abschreibungen steigert und damit die Investitionen fördert. Denn aus mehr Investitionen folgen mehr Abschreibungen. Diese Strömung ist langfristig ausgerichtet und nicht vordergründig auf vierteljährliche „Quartalsabschlüsse“ bezogen.

c) Nachhaltige Entwicklung

Das Thema Nachhaltigkeit sensibilisiert viele Menschen immer mehr. Der Begriff stammt aus der Forstwirtschaft und bedeutet prinzipiell, daß man nur soviel Holz einschlägt, wie nachwächst. Auf zukünftige Generationen bezogen, so ergibt sich, daß die Umwelt ihnen so überlassen wird, damit diese Generationen ihre Bedürfnisse und ihren Lebensstil, nicht wegen uns einschränken brauchen. Es wird nicht auf Kosten der Zukunft gelebt.

Im Gegensatz zur Ausbeutung/Rodung ist die nachhaltige Entwicklung eine nicht nachteilige Entwicklung für die Zukunft unserer Erde. Aber auch eine Entwicklung, die der Reservebildung, des Vorratsaufbaus, ist zu berücksichtigen. Auf den Wald bezogen heißt das, es wird weniger Holz eingeschlagen als nachwächst, der Baumbestand wird aufgebaut. Unter Vorratsaufbau bei Unternehmen ist nicht eine unnötige Lagerhaltung bzw. eine damit verbundene unnutze Kapitalbindung gemeint. Es geht unter anderem vielmehr um Reserven, die in schwachen Zeiten als Absicherung dienen.

Vergleicht man den Nachhaltigkeits-Ansatz mit dem beschriebenen Abschreibungs-Investitionsvergleich (siehe Seite 30), so bedeutet eine nachhaltige Entwicklung zugleich Stagnation, man investiert nur soviel (in den Baumbestand), wie abgeschrieben (bzw. eingeschlagen) wird.

Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Durchdringung des Nachhaltigkeits-Begriffes auf das tägliche Leben. Dies hat auch Folgen für die

Wirtschaft. Es gibt Anzeichen, daß der Shareholder-Ansatz durch den Stakeholder-Value abgelöst wird. Auf Unternehmen bezogen, so werden nicht nur die Interessen der Anteilseigner nachhaltig berücksichtigt, sondern bei der Ausrichtung der Firmenphilosophie auch Angestellte, Kunden und die Gesellschaft mit einbezogen. Immer mehr Firmen legen einen Nachhaltigkeitsbericht auf (vgl. Bild 43) und haben das Ziel einer nachhaltigen Wertsteigerung.

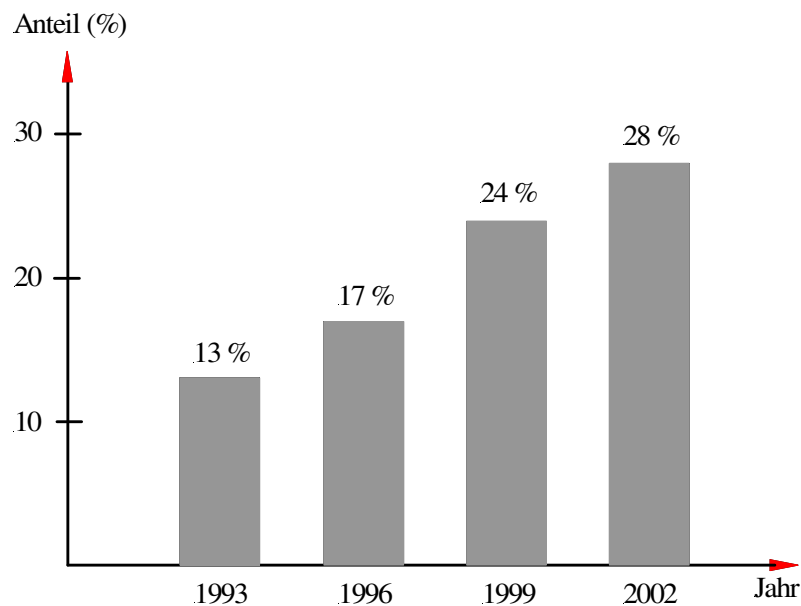


Bild 43: Anteil von den 100 größten Firmen, aus jeweils 11 Ländern, die einen Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt-, Sozial- oder Nachhaltigkeitsbericht auflegten.

Auch ein Weltgipfel für Nachhaltigkeit wurde in Johannesburg 2002 abgehalten. Unabhängig von dessen Ergebnissen, sind Anstrengungen zur Nachhaltigkeit z.B. in der Installation des Umweltvölkerrechts, der Müllsammlung/-verwertung in Deutschland von über 5 Mio. Tonnen und einem beabsichtigten CO₂-Emissionshandel zu erkennen.

Die USA haben bei diesem Gebiet enorme, nachzuholende Aufgaben schon gegenüber Deutschland, was folgendes Bild 44 zeigt. Denn wenn man bedenkt, falls jeder Erdbewohner die gleichen Energie-, Emissionsverhältnisse produzieren würde, wie die USA, so würden es mind. zwei Erden nicht verkraften. Das sinnvolle Thema kann man auch, z.B. für vordergründiges Gewinnstreben, mißbrauchen.

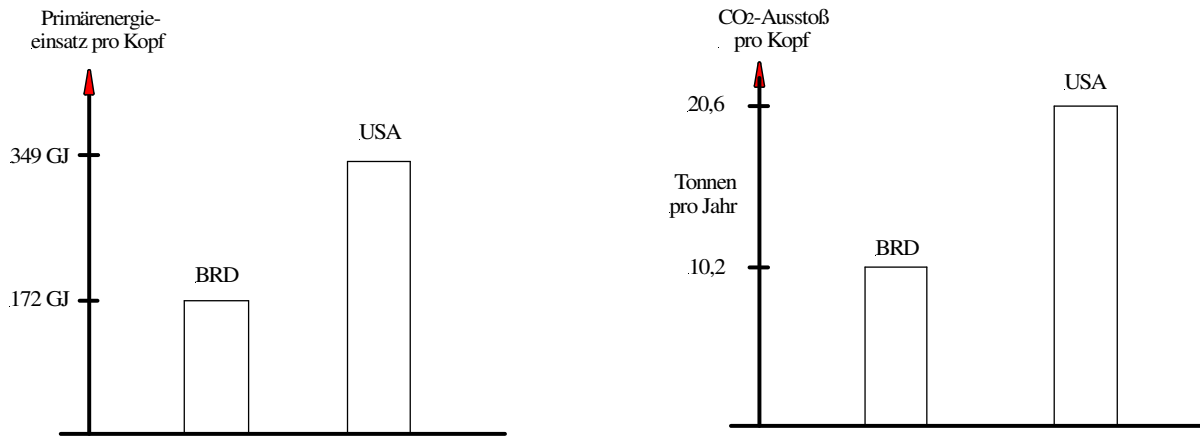


Bild 44: Primärenergieeinsatz und CO₂-Ausstoß im Jahr 2000

d) Technische Entwicklung

Die Entwicklung der Menschheit läßt sich gut am technischen Fortschritt nachvollziehen. Seit jeher haben uns idealistische Menschen vorangebracht. Nachvollziehbar ist es an den Entwicklungen bzw. Ideen, nicht nur im technischen Bereich.

Im technischen Bereich, auf die Umwelt/Energie, letztlich auf die Natur bezogen, so ist ein verminderter CO₂-Ausstoß, durch die Atomtechnik gegeben. Es führten Innovationen bei herkömmlichen Wärmekraftwerken zur besseren Nutzung der natürlichen Ressource bzw. des Brennstoffes.

Problematiken wegen der Radioaktivität, wegen CO₂-Emissionen, deuten schon auf zukünftige Herausforderungen hin. Es werden schließlich auch diese Herausforderungen von Menschen bewältigt werden, die sich dazu berufen fühlen, wie die vergangenen Herausforderungen. Nicht alle auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt, mit ein wenig Geduld. (Vergleich Bild 45 unten: Brennstoffeinsatz pro kWh).

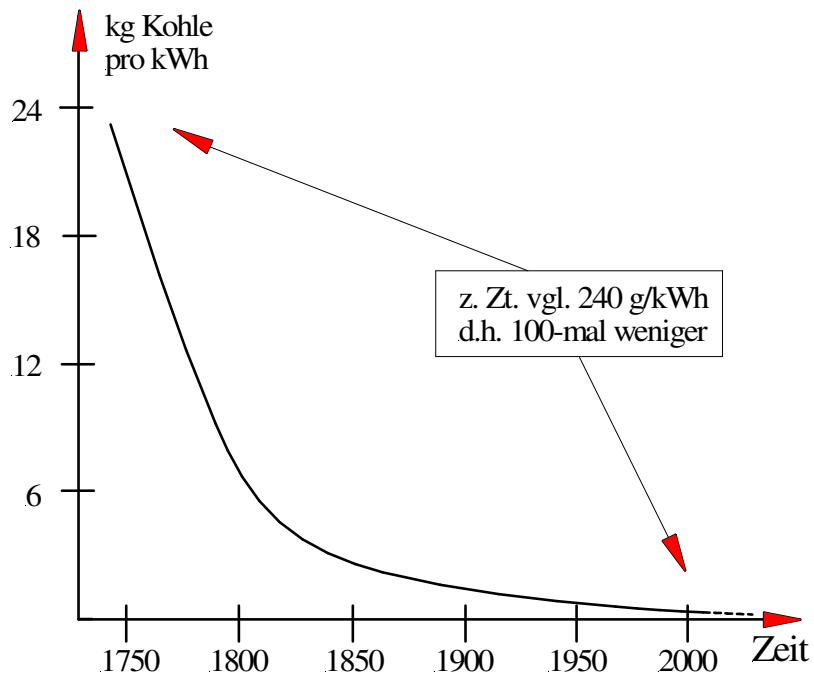


Bild 45: Kohleinsatz pro erzeugter Kilowattstunde (geglättet)

Aber die Evolution stagniert deswegen nicht. Würde heute die fossile Energie zu dem Wirkungsgrad der ersten Dampfmaschine (Bild 46 unten) verwertet, so bräuchten wir uns um die Zukunft keine Gedanken mehr machen, es gäbe wahrscheinlich keine Gegenwart mehr.

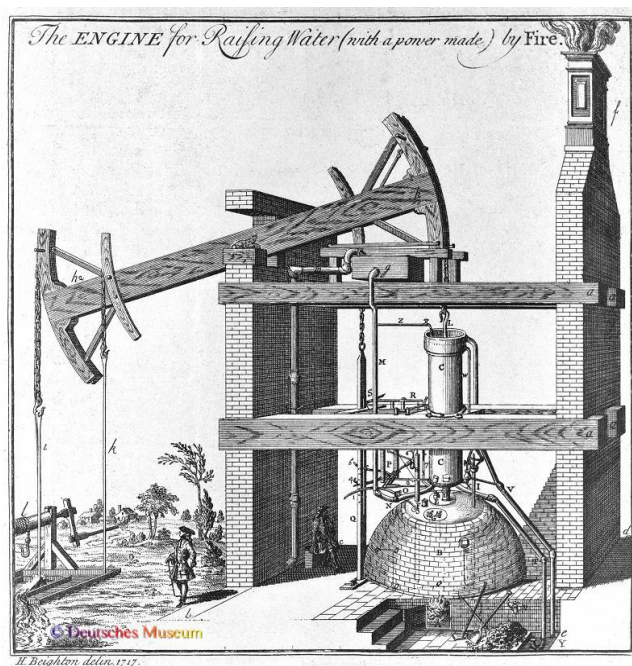


Bild 46: Die erste praxistaugliche Dampfmaschine von Thomas Newcomen (1712)

Anlage 1

Beispiel: Annahme eines negativen Realzinses von -2 %.

1.	Inflation	Marktzins	Negative Inflation	Marktzins
	4 %	2 %	- 2%	- 4 %
Bei Anlage:	Verlust: 2 %		Verlust: 2 %	
Bei Hortung:	Verlust: 4 % (= Kaufkraftminderung)		Gebühr: 6 % ergibt Verlust von 4 %	

Es wird bei Deflation als Gebühr die Summe von dem Betrag der Deflationsrate und dem Marktzins verlangt.

2.	Inflation	Marktzins	Negative Inflation	Marktzins
	2 %	0 %	0 %	- 2 %
Bei Anlage:	Verlust: 2 %		Verlust: 2 %	
Bei Hortung:	Verlust: 2 % (= Kaufkraftminderung)		Gebühr: 2 % ergibt Verlust von 2 %	

Bemerkung: Bei langfristigen Laufzeiten von Anleihen, kommen eh keine negativen Realzinsen vor. Und wenn jemand, einen 40 Tonnen-Lastwagen voll Münzen abheben will, was in 2 Euro Münzen maximal ca. 6 Mio. Euro entspricht, so denke ich, daß man dies doch unterbinden kann.

Anlage 2

Der Abzinsungssatz/Kapitalkostensatz ergibt sich hauptsächlich über die Marktzinsen (Siehe Bild 47, denn der Zinssatz risikofreier Anlagen orientiert sich an den Marktzinsen wie der Marktzinssatz für Fremdkapital):

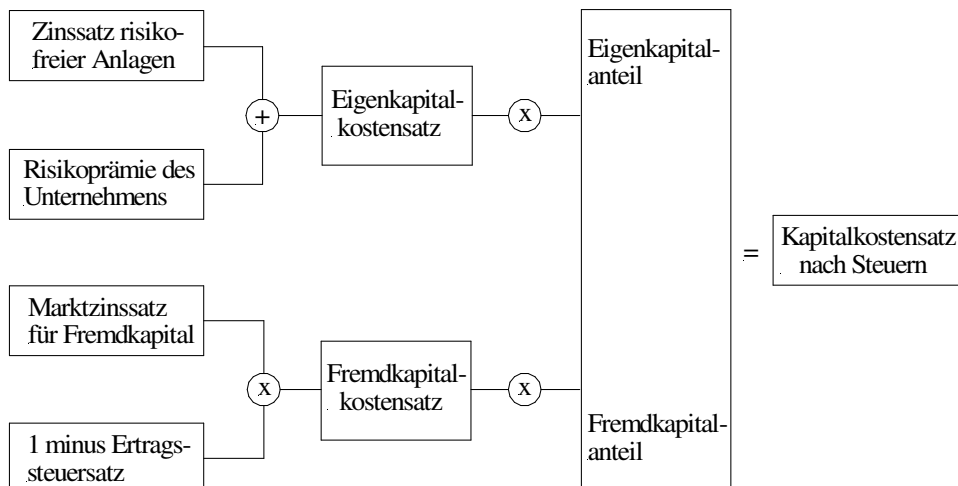


Bild 47: Schema zur Ermittlung der Kapitalkosten von Unternehmen

Die Ermittlung der Risikoprämie geschieht mit Bewertungs-Modellen. Diese berücksichtigen z.B. das Marktrisiko, ein politisches Risiko, Investitionsrisiko, Wettbewerbsrisiko, Kaufkraft-, Produkt-, Steuerrisiko. Beispiel siehe Bild unten.

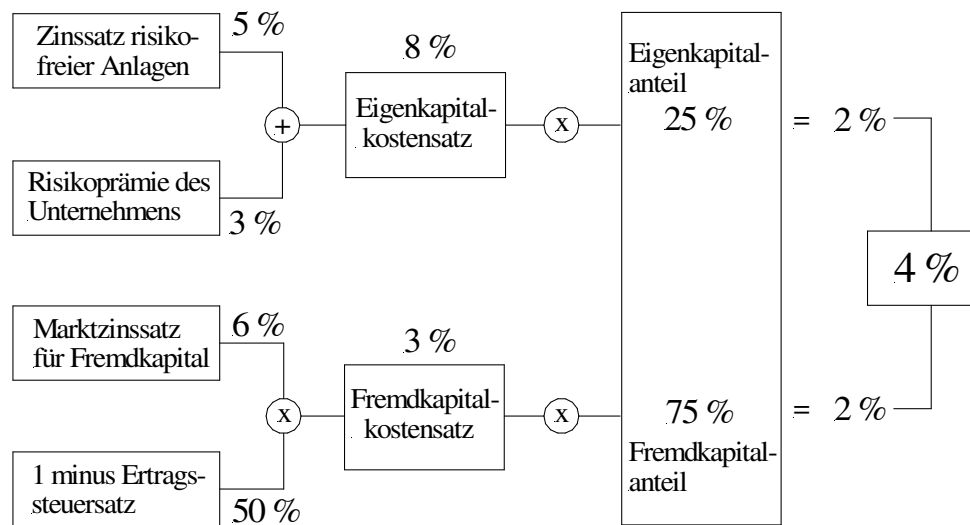


Bild 48: Beispielhafte Ermittlung eines Kapitalkostensatzes von 4 %

Bildnachweis

- Bild 1: T. Seilnacht / Internet, Altamira/Spanien
- Bild 4: Putzger (Atlas und Chronik zur Weltgeschichte S. 187)
- Bild 5: Deutsches Museum
- Bild 6: Deutsche Bundesbank/Bankenverband/IFO-Institut
- Bild 7: U.a. nach Informationen von Herrn Arnulf Clauder
- Bild 10: forsa-Institut
- Bild 11: Putzger (Atlas und Chronik zur Weltgeschichte S. 187)
- Bild 12: Horst Pötzsch (Die deutsche Demokratie S. 118), Emnid-, forsa-Institut
- Bild 13: Allensbach-Institut/fora-Institut
- Bild 14 und 17: Bundesbank
- Bild 19: Horst Pötzsch (Die deutsche Demokratie S. 68)
- Bild 21: Horst Pötzsch (Die deutsche Demokratie S. 74)
- Bild 23: Horst Pötzsch, Christian Füller, Christof Hamann (Die deutsche Demokratie S. 117)
- Bild 24: Der Rechtsstaat S. 103
- Bild 29: Deutsche Bundesbank, W.G. Hoffmann
- Bild 33: Iter (International Thermonuclear Experimental Reactor)
- Bild 34: Handelsblatt, Credit Suisse First Boston
- Bild 36: Handelsblatt, T.F. Datastream
- Bild 39: Bundesbank
- Bild 40: SZ, Globus, OECD, IMF/IFO, European Economy Nr. 2, 2002 S. 129,130, European Economy Nr. 2, 2003 S. 119,120
- Bild 42: Deutsche Bibliothek Frankfurt am Main
- Bild 43: KPMG 2002
- Bild 44: BMWI/Stat. Bundesamt/DIW/Arge Energiebilanzen/Umweltbundesamt
- Bild 45: Shell, Grubler, Ayres/VDI
- Bild 46: Deutsches Museum

Literaturverzeichnis

- Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Die Geldpolitik der Bundesbank, Frankfurt am Main 1995
- Philip G. Zimbardo, Richard J. Gerrig, Psychologie, Siegfried Hoppe-Graff und Irma Engel (Hrsg.), 7., neu übersetzte und bearbeitete Auflage, Berlin 1999
- Hartmut Häcker, Kurt H. Stapf (Hrsg.), Dorsch Psychologisches Wörterbuch, 13., überarbeitete und erweiterte Auflage, Göttingen 1998
- Brockhaus (Hrsg.), Psychologie, Mannheim 2001
- Heribert Meffert, Marketing, 7., überarbeitete und erweiterte Auflage, Gabler, Wiesbaden 1986
- Jean-Jacques Lambin, Grundlagen und Methoden strategischen Marketings, Hamburg 1987
- Peter Winkelmann, Marketing und Vertrieb, München 1999
- Hans Christian Weis, Klaus Olfert (Hrsg.), Marketing, 12., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Ludwigshafen (Rhein) 1977
- Robert Niederschlag, Erwin Dichtl, Hans Hörschgen, Marketing, 17., neu bearbeitete Auflage, Berlin 1994
- Verfassung des Freistaates Bayern, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), München 1984
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn 1981
- Horst Pötzsch, Die deutsche Demokratie, 2., aktualisierte Auflage, Bonn 2001
- Europäische Zentralbank (Hrsg.), Die Geldpolitik der EZB, Frankfurt am Main 2001
- William K. Klingaman, Der Crash, erste Auflage, München 1990
- Josef Braun, Der Trimetallstandard, Diplomarbeit, Landshut 2000
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976
- Die Chronik der Menschheit, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 1995
- Michael Piazolo, Der Rechtsstaat, 1. Auflage, München 1999
- Frank Höfer, Die politische Ordnung in Bayern, 6. Auflage, München 2001
- Walter Burkart (Hrsg.), Großes Universal Lexikon, Schweinfurt 1982
- Peter N. Martin, Bruno Hollnagel, Die großen Spekulationen der Weltgeschichte, bearbeitete und erweiterte Neuauflage, München 2002
- Putzger, Atlas und Chronik zur Weltgeschichte, Große Ausgabe 1. Auflage, Berlin 2002
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998
- Handelsblatt, Die Wirtschafts- und Finanzzeitung, Düsseldorf
- tz, München
- VDI nachrichten, Düsseldorf
- Süddeutsche Zeitung, München
- Monatsberichte (Jan. und Feb. 2003) der Deutschen Bundesbank
- Endbericht der Enquete-Kommission, Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung, Berlin 2002
- Publication, Energy Needs, Choices and Possibilities, Shell International 2001
- Aero International, Hamburg März 2003
- KPMG International Survey of Corporate Sustainability Reporting 2002
- Informationskreis Kernenergie (Hrsg.), Martin Volkmer, Kernenergie Basiswissen, Neuauflage 2002, Bonn

Danksagung

Dank an alle, denen ich zu danken habe

Meine Adresse

Braun Josef, Pesenlern 61, 85456 Wartenberg, Telefon: 08762/2974, Home: ive.xyz

E-Mail: Braun-Wartenberg@t-online.de (Ich versuche so bald wie möglich zu antworten)

Zitat

Zu Tschernobyl: „Was geschehen war konnte unmöglich geschehen. Aber es hat tatsächlich stattgefunden.“ (Unbekannt)

Stichwortverzeichnis

Abschreibungen.....	30, 39, 40, 52	Menschenwürde	21
Added Value (AV)	40	Merkantilismus.....	8, 9
Altertum	8	Mischoxid.....	3
Amortisationszeit	6, 38	Mittelalter.....	8
Atomkraftwerke	3, 4	MOX	1, 3
Bauerntum	7	Naturalismus	50, 51
Bedürfnispyramide.....	5, 11	Natururan	3
Biodiesel.....	27	Negative Marktzinsen	35
Bruttosozialprodukt	10	Newcomen	55
Bundesbank	16, 17, 18, 28, 34, 57, 58	Plutonium.....	3
Bundesrat.....	25, 26	Ratsystem	22
Demokratie... 9, 19, 20, 22, 24, 25, 27, 28, 29, 57, 58		Rentabilität.....	6, 38
Diktatur	15, 20	Sachverständigenrat	29
Discounted Cash Flow (DCF).....	39	Shareholder-Ansatz.....	53
Eigenkapitalanteile	6, 43	Sklaverei.....	7, 8
Erdöl.....	27	Staat.....	8
Europäische Zentralbank.....	16, 28, 33, 58	Stakeholder-Value.....	53
Feudalgesellschaft	8	Tschernobyl.....	4, 58
GAU	3, 4	Umweltpolitik	1, 4, 18, 29
Idealismus	5, 13, 14, 15, 50	Unabhängige Republik.....	4
Industriellen Revolution.....	9, 10	Unabhängiger Republik	20
Inflationswirksamkeit.....	6, 47	Unabhängigkeit	13, 14, 17, 23, 26
Investitionen.....	6, 30, 31, 32, 38, 48, 52	Universalismus.....	50
Iter	41, 57	Uran.....	3
Jean-Baptiste Colbert	8	Urgesellschaft.....	5, 7, 11
Kapitalismus.....	1, 5, 7, 9, 10, 11, 13, 14, 42	Vertrauensentwicklung	15
Kapitalkostenvergleich.....	37	Vertrauserhalt	5, 16
Karl der Große.....	8	Vertrauensübertragung.....	5, 16
Landshut	3, 58	Volksbegehren	27
Lehen.....	8	Volksentscheide	27
Liberalismus	9, 50	Watt.....	10
Marktwirtschaft	9	Weltwirtschaft.....	30, 49
Maslow.....	5, 11	Wirtschaftssysteme	10, 11, 14
Massenmärkte	47	Zeitalter der Stabilität.....	6, 33, 34
Mehrheitsprinzip	5, 20	Zentralbanksystem	29
		Zentralräte	18, 20, 25, 29

IDEEN
VORSCHLÄGE ERFINDUNGEN

